

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 94.

Breslau, Mittwoch, den 23. April 1913.

24. Jahrgang.

Genossen und Genossinnen!

Der erste Mai, der Weltfeiertag der Arbeit, naht. Noch imposanter als früher muß das Proletariat seine Mafsfier in diesem Jahre gestalten.

Das Proletariat hat zum Schutze für Leib und Leben der Arbeiter seit vielen Jahren wirksamere Arbeiterschutz, vor allem den Achtstundentag verlangt. Die Antwort war Hohn und Spott. Statt verbessertem Arbeiterschutz gab es neue Steuern auf Lebensmittel und unentbehrliche Verbrauchsgüter.

Die Arbeiterschaft forderte gegenüber dem beherrschenden und Unternehmertum die Sicherstellung des Koalitionsrechts. Man drohte dagegen mit weiterer Einschränkung, ja geradezu mit Vernichtung des Koalitionsrechts.

Die Arbeiterschaft forderte mehr Fürsorge für die Kranken, Jubilanten und Veteranen, und ausreichende Hilfe für Witwen, Waisen und Säuglinge. Die Antwort lautete: das Reich hat kein Geld, denn es braucht seine Mittel für mehr Soldaten und Nordwaffen. So werden die Kulturaufgaben vernachlässigt.

Schier ungeheuerliche Summen müssen für Zwecke der Kriegsvorbereitungen aufgebracht werden. Seit Jahren jagt eine Rüstungsvorlage die andere. Bald handelt es sich um Heeres-, bald um Marinevorlagen. Und dem Beispiel Deutschlands folgen die übrigen Großstaaten Europas.

Die Lasten, die in diesem Jahre dem deutschen Volke aufgebürdet werden sollen, sind unerhört. Nicht weniger als weitere 136.000 Soldaten werden gefordert. Tyrantisch, das nicht in der Lage ist, sein Heer in der gleichen Weise zu vergrößern, will aus Anlaß des deutschen Vorgehens einen Ausgleich dadurch herbeiführen, daß es wieder zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehrt. Hüben und drüben also gesteigerte Vorbereitungen zum Kriege.

Unsere Mafsfier fällt in die Zeit des preußischen Landtagswahlkampfes — und sie soll benutzt werden, um Sturm zu laufen gegen die Besten der preußischen Reaktion.

Entschlossener und rücksichtsloser als jemals muß deshalb der erste Mai in diesem Jahre zu einer wichtigen Demonstration des Proletariats werden.

Genossen und Genossinnen! Bereitet die Mai-Demonstration vor! Sorgt dafür, daß die diesjährige Mafsfier alle früheren Veranstaltungen bei weitem übertrifft!

Eindringlicher denn je zuvor muß es den herrschenden Gewalten in die Ohren gellen:

Wir fordern volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung!

Wir fordern den Achtstundentag!

Wir fordern besseren Arbeiterschutz!

Wir fordern gesichertes Koalitionsrecht!

Wir erheben Protest gegen das Weltkrisen!

Nieder mit der neuen Heeresvorlage!

Hoch die Sozialdemokratie! — Hoch der Völkerrrieden!

Berlin, den 21. April 1913.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Rüstungskapital und Militärvorlage.

Alle Welt ist sich einig darüber, daß die Begründung, die die Regierung der neuen Militärvorlage mit auf den Weg gegeben hat, absolut inhaltslos und unzulänglich gewesen ist. Für die Behauptung, daß die neuerliche Umfassung des Quinquennatgesetzes notwendig geworden, daß zur Ergänzung der deutschen Rüstungen abermals Hunderttausende von Menschen und Tausende von Millionen gebraucht werden, fehlt jeder Schatten des Beweises. Nach unverständlicher ist es, warum die Erledigung der Vorlage mit so fliegender Hast betrieben werden muß, daß sie schon am 1. Oktober d. J. in Kraft treten kann.

Wer da sagt, dem Deutschen Reiche drohe für die nächste Zeit eine irgendwie sichtbare Kriegsgefahr, der ist ein Narr oder er lügt. Auch die Regierung hat ja ihr letztes Argument zugunsten der Heeresverpflichtung, den berühmten „Zusammenstoß zwischen Germanentum und Slaventum“ unter der Wucht der Scheidemannschen Angriffe preisgeben müssen. Herr v. Bethmann hat auch diese letzte Schanze mit suchartiger Eile geräumt. Die uns angeblich so gefährliche Konföderation der Balkanstaaten erfährt durch die Nachricht von den wachsenden Streitigkeiten dort unten und von dem bulgarisch-serbischen Geheimvertrag eine Beleuchtung, in deren Strahlen auch dieses Gespenst in nichts zerfällt. Was bleibt übrig? Die Quasibündengesetze von Nancy. Aber auch sie ist nun glücklich erledigt, und in ein paar Tagen wird man von ihr nicht mehr reden!

Der Ausstand in Oberschlesien.

Wie bekannt, ist der Ausstand in den ober-schlesischen Gruben kein einheitliches Unternehmen. Abgesehen davon, daß sich vier Organisationen im Streikgebiete gegenüberstehen, ist auch der überwiegende Teil der Bergleute wenig diszipliniert, sodaß es durchaus nicht leicht ist, die Massen zu einer gemeinsamen Handlung zu bringen. Wenn trotzdem allen Berichten nach die Zahl der Ausständigen ständig wächst, so ist dies ein Hinweis dafür, daß schwere Mißstände vorhanden sein müssen, so schwere, daß sie selbst die tiefen nationalen und religiösen Gegensätze ausgleichen.

Der Umfang des Streiks.

Nach Zentrumsmeldungen aus Kattowitz hat der Streik an Umfang bedeutend zugenommen. Den Streikenden haben sich die Gruben auf der ganzen Linie angeschlossen. Selbst auf den fiskalischen Gruben, wo keine Kündigung eingereicht und beschloffen worden ist, überhaupt nicht in den Streik einzutreten, haben eine große Anzahl Bergleute die Arbeit niedergelegt, so daß

die Zahl der Streikenden auf 60 000 beziffert werden kann.

Man erwartet, daß noch im Laufe des Montags und Dienstags der ganze Bereich ruhen wird. Die Ferdinandsgrube und die fiskalische Kleophasgrube bei Kattowitz, sowie die fiskalischen Gruben in Zabrze zählen zu den Gruben, auf denen ohne vorherige Kündigung der Streik ausgedehnt ist.

Auf Verbot der Grubenerwartungen und Polizei verweigern die Wirte die Herabgabe ihrer Säle zu Versammlungszwecken.

Schuhmannschaft und Gendarmerie sind stark verstärkt. Die Grubenerwartungen haben sie in den Schlafhäusern untergebracht.

Sämtliche Schankstätten sind auf Anordnung der Polizei im ganzen ober-schlesischen Industriebezirk geschlossen. Im großen ganzen herrscht Ruhe und Ordnung unter den Bergleuten.

Ueberflüssige polizeiliche Maßnahmen.

Die Behörden haben am Sonnabend folgende Mahnung an die Bevölkerung gerichtet:

„Die Lohnbewegung unter den Bergarbeitern hat zur Niederlegung der Arbeit durch einen Teil der Bergarbeiter geführt. Bei solchen Lohnkämpfen haben sich häufig im Vaterlande und im Auslande Unstände zu schweren Ausschreitungen und Angriffen auf Arbeitswillige und das Eigentum hinziehen lassen. Die preussische Verfassung gewährleistet jedem Staatsbürger die persönliche Freiheit innerhalb der gesetzlichen Schranken und die Unverletzlichkeit des Eigentums. Die persönliche Freiheit umfaßt auch das Selbstbestimmungsrecht des freien Arbeiters darüber, ob er für seine Familie arbeiten will oder nicht. Diese verfassungsmäßigen Rechte mit allen Mitteln zu sichern, ist die Pflicht des Staates. Die Polizeibeamten sind daher angewiesen, von vornherein mit unbedingter Strenge dem Ernste der Lage Rechnung zu tragen und jedem Angriff auf Arbeitswillige oder das Eigentum, sowie überhaupt jeder

Ausschreitung, unnachlässig — erforderlichenfalls mit der Waffe — entgegenzutreten. Nur so können die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes geschützt werden. Die ausständigen Arbeiter werden daher gemahnt, in ihrem eigenen Interesse Besonnenheit und Ruhe zu wahren und ihren wirtschaftlichen Kampf innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu führen. Desgleichen wird das Publikum eindringlich gemahnt, sich von vor kommenden Unruhen und Unfällen fernzuhalten.“

Wie schon mitgeteilt, sind am Sonntag nachmittag

50 Schussleute aus Breslau

in Laurahütte und 25 berittene Schussleute aus Breslau und Berlin in Kattowitz eingetroffen. Von verschiedener Seite behauptet man, es würde von den Behörden erwogen, Militär im Streikgebiet zu stationieren. Die Grubenerwartungen haben beschlossen, keine Kohlen an private mehr abzugeben.

Patrouillen berittener Gendarmen in voller Ausrüstung und 3 bis 10 Mann stark, durchstreifen den Industriebezirk, was bei dem ruhigen Verhalten der Streikenden recht aufsehend wirkt.

Die Lage der Facharbeiter wird immer trostloser, denn abgesehen, daß ein Teil ihrer Leute mit streikt und durch nichts zum Streikbruch zu bewegen ist, scheinen auch einige Unternehmer für diesen schädlichen Streikbruch kein Verständnis zu haben, denn auf vielen Gruben sind die arbeitswilligen Facharbeiter einfach nach Hause geschickt worden; so arbeiten jetzt viele Kräfte daran um den Facharbeitern das Grab zu schaufeln.

Unmählich machen sich die Folgen des Streikes schon bemerkbar. Die Kohlenpreise im Straßenhandel sind

bis zu 100 Prozent gestiegen.

Verschiedene Hütten, die Kohle durch täglichen Drahtseiltransport beziehen, haben bereits Kohlenmangel und in wenigen Tagen werden wohl auch die den Betrieb einstellen müssen. Ganz allgemein genommen steht die Sache der Streikenden günstig und falls sie die mühsam erhaltene Ruhe wie bisher bewahren, dann dürften die Magnaten doch wohl noch manches Räffel zu raten bekommen.

Die gefährdeten Gruben.

Auf mehreren Gruben sind 100 bis 150 Bergarbeiter bei der heutigen Frühlingsnacht eingeschlossen, um im Innern der Bergwerke

die Wasser zu überwachen

und Ueberflutungen und Wasserflüsse zu verhindern. Mehrere Bergwerke haben die Nachtschicht eingestellt. Auf anderen Gruben hat man das Personal der Nacht- und Tagsschicht zu einer Schicht vereinigt und läßt täglich nur einmal einfahren.

Das technische Personal arbeitet noch vollständig, doch besteht die Aussicht, daß es sich auch dem Streik anschließen werde.

Auf dem Bergwerk Eminenz in der Ortschaft Zombie bei Kattowitz besteht die Gefahr der Ueberflutungen. Unter dem Beamtenpersonal des Bergwerks Eminenz ist es wegen des Anschlusses an dem Ausstand zu Unverständnis gekommen. Auch ist ein höherer Beamter dieses Werks plötzlich entlassen worden. Vor der Bismarckhütte ist ein Streikposten verhaftet worden, weil er unter den Arbeitswilligen agitierte.

ledigt, und in ein paar Tagen wird man von ihr nicht mehr reden!

Warum soll es also nicht möglich sein, die so spät eingebrachte Militärvorlage in aller Ruhe und ohne unangenehme Stille zu erledigen? Wer glaubt etwa, daß die Erfindung des Reiches davon abhinge, ob die Heeresverpflichtung schon in diesem Oktober oder erst im Oktober des nächsten Jahres durchgeführt wird? Es sprechen im Gegenteil alle Gründe der Vernunft für eingehende Beratung und sorgfältige Vorbereitung. Trotzdem petischen amtliche und außeramtliche Rüstungsbezer den Reichstag vorwärts, wie einen müden Karrenlauf. Bis Pfingsten muß alles fertig sein, kommandierte vor in paar Wochen, als die Vorlage noch garnicht veröffentlicht war, die Regierung in der „Nordb. Allg. Zeitung“. Daraus wird nun freilich nichts. Erst nach Pfingsten wird die Budgetkommission in die weitwichtige Beratung des Militärentwurfes und der Deckungsvorschläge eintreten können, dann kommt die zweite und dritte Lesung im Plenum, die wiederum, wenn sie mit der gebotenen Gründlichkeit vorgehen will, alle Einzelheiten zu besonderer Erörterung stellen muß. Man will bis in die Zeit hineintagen, in der sich der Reichstag unter drückender Hochsommerglut in eine Weikammer verwandelt, und hofft, die abgepassten Volksvertreter würden, um der Pein endlich ein Ende zu machen, kurzerhand zu allem Ja und Amen sagen.

Die schon aus Gründen einer sachlichen Beratung zweckmäßige Einlegung eines „Feierjahres“ würde auch sonst zahlreiche Vorteile zur Folge haben. Sie bedeutet eine einmalige Ersparnis von einigen hundert Millionen und gibt dem Reichstag Gelegenheit, auch die dauernden Ausgaben auf die Möglichkeiten einer vernünftigen Sparpolitik genau anschauen. Sie legt an die Stelle der gegenwärtigen

gen, durch den Coup der deutschen Militärverwaltung geschaffenen internationalen Spannung eine wohlthätige Beruhigung der Geister und gibt der Diplomatie Gelegenheit, durch eine bessere auswärtige Politik auch die Ansprüche an die Wehr- und Steuerkraft der Bevölkerung entsprechend einzuschränken.

Warum also das starre Festhalten an einem beschriebenen Termin? Man stünde vor einem unbehaglichen Rätsel, wenn nicht die Enthüllungen der Sozialdemokratie im Reichstag über die Treibereien des Rüstungskapitals den Schlüssel zum Verständnis geboten hätte. Inwieweit die ganze neue Militärvorlage auf das Bedürfnis der Rüstungsindustrie nach neuen Aufträgen zurückzuführen ist, entzieht sich im einzelnen der öffentlichen Feststellung. Darüber aber kann nach allem, was bekannt geworden ist, nicht der geringste Zweifel bestehen, daß an dem frühen Termin nur deshalb festgehalten wird, weil die interessierten Industrien ihre Aufträge schon so gut wie in der Tasche haben und nichts davon herausgeben wollen.

Die vom Zentrum beantragte Kommission zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Heer und Marine müßte sich zu allererst einmal an diese Aufgabe herannähern. Jeder Volksvertreter, der vor der Erledigung dieser Aufgabe die Militärvorlage blindlings und unbedenkenlich bewilligt, setzt sich dem Verdacht aus, nicht für das angebliche Wohl des Vaterlandes zu arbeiten, sondern für die Dividenden des Rüstungskapitals.

Die Militärrevolte gegen den Kriegsminister.

Der heftige Angriff des „Berliner Volksboten“ auf den Kriegsminister von Seemann wegen seiner

Verhaltens in der Affäre Krupp wird ziemlich allgemein als ein Vorstoß aus den Reihen des Offizierskorps aufgefaßt. Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt dem Artikel erhebliche Bedeutung zu. Sie sieht sich bemüht, ihm an der Spitze ihrer Montag-Abendausgabe folgende Antwort zu teil werden zu lassen:

Berliner Montagblätter beschäftigen sich mit einem Artikel des „Berliner Lokalanzeigers“, der in der Tat dadurch auffällt, daß er im Zusammenhang mit den Reichstagsverhandlungen über die Kruppische Angelegenheit völlig deplatzierte Angriffe auf den Kriegsmilitarismus von Deringern richtet. Auf den haltlosen Vorwurf, daß dieser mit dem Abgeordneten Liebknecht einen Pakt eingegangen sei, scheint sich uns eine Antwort zu erübrigen.

Natürlich, ein Kriegsminister, der mit einem Sozialdemokraten einen Pakt einginge, wäre so feil wie ein Mittelalterer ein Mädchen, das mit dem Teufel Pakt geschlossen hat. Er müßte unbedingt auf den Scheiterhaufen. Aber Herr v. Heeringen ist Gott sei Dank unschuldig.

Die Wut der Enkavoren.

Die Rüstungspreise schäme. Etwas Schlimmeres als die Enthüllung der schmutzigen Motive, denen sie mit ihrem nationalstiftlichen Treiben bewusst oder unbewußt dient, hätte ihr garnicht passieren können. So schreibt die alldeutsche „Tägl. Rundschau“:

Die Liebknechtische Enthüllung, die übrigens auch nur durch Spionendiebstahl und Vertrauensbruch, also durch Panama, möglich war, ist gemacht, um die Deeresvorlage zu gefährden, und ist eine Episode aus dem Kriege gegen Preußen-Deutschland, den die Sozialdemokratie mit wachsender Leidenschaft führt. Das sollte bei ihrer Beurteilung nicht vergessen werden, am wenigsten von den Parteien, die mit dieser Sozialdemokratie zusammen die Deckungsvorlage für die Deeresforderung machen und ihr so den falschen Ruhm der positiven Mitarbeit an einer vaterländischen Tat sichern wollen.

In demselben Sinn schreibt die „Kreuzzeitung“:

Freilich ist es nicht zu entschuldigen, daß der sozialdemokratische Abgeordnete keine Enthüllungen zu diesem Zeitpunkt vorgebracht hat. Wir stehen vor der Bewilligung der größten Wehrvorlage, die den Reichstag bisher überhaupt beschäftigt hat, wir bedürfen mehr denn je in deutsche Welle des Vertrauens in unsere militärische Organisation und Verwaltung, wir können angesichts der internationalen Lage weniger denn je eine öffentliche Herabsetzung unserer militärischen Einrichtungen ertragen. Umgekehrt aber schäme die Enthüllung der Schmutzstücke nicht, daß ein Abgeordneter von nationalem Verantwortlichkeitbewusstsein sich diesen Moment nicht für seine öffentlichen Ausführungen gewählt hätte.

Am ärgsten lobt natürlich die „Post“:

Herr Liebknecht hat es für angezeigt gefunden, eines unserer größten industriellen Werte nicht mit Schmutz, sondern geradezu mit Rot von ausgeglichener Qualität zu bevernen. Es braucht in Deutschland überhaupt nur etwas großes, durch persönliche Tüchtigkeit eines Einzelnen oder einiger weniger Männer Gewachsenes zu geben, und man kann sicher sein, daß es von den Liebknecht und Genossen beschmutzt, begeißelt und in die Wüste gejagt wird. Wir haben das unzählige Male an anderen Beispielen erlebt, und bei der Firma Krupp ist dies Verfahren um so verständlicher, als das Werk mit seinen großen sozialen Einrichtungen, mit seiner auf politische Sauberkeit im eigenen Betriebe haltenden Tendenz seit langem auf der schwarzen Liste der Sozialdemokratie steht.

Die „Post“ hätte besser getan, das Wort Sauberkeit in diesem Augenblick zur Firma Krupp in keinerlei Beziehungen zu bringen.

Wer bezahlt's?

Die „Frankf. Zeitung“ schreibt: Das wäre fürwahr der Gipfelpunkt des Wahnsinns, wenn die beiden Völker von Deutschland und Frankreich in ihre jetzige schwere Spannung und deshalb hineingekommen wären, weil die Waffenindustrie die Luft zu zerschneiden wolle. Aber es liegt eben überhaupt System in diesem Wahnsinn. Die Höhe der Dividenden bei der Rüstungsindustrie ist schlechthin proportional dem Grade des Passes zwischen den verschiedenen Völkern“, sagte der Abg. Liebknecht gestern mit Recht. Das sollten die Völker allmählich einsehen lernen. Sie sollten diesseits wie jenseits der Grenze jetzt endlich begreifen, daß in der in beiden Ländern getriebenen nationalstiftlichen Verregung eine gute

Portion niedrigen Geschäftsinteresses sich verbirgt. Und sie sollten, wenn man ihnen so eszia und mit Nachdruck predigt, für solche Waffen, die immer den Agrarwohn-Industrie macht du setzt wohl geschäftstüchtige Reklame?“

Wenigstens äußert sich die demokratische „Berliner Morgenpost“:

Und das Geschäft geht gut dabei: „Deutsche Waffen“ haben schon im Jahre 1911 nicht weniger als 26 Prozent gegeben, in diesem Jahre aber 32. Der deutsche Steuerzahler aber ist wie verraten und verkauft, und wird obendrein in seinem Erwerb dadurch bedrückt durch die unerträgliche Kriegsspannung, die der international arbeitende Konzern fortgesetzt über Europa verhängt. Zu allem Überdramen auch noch die Enthüllungen im Reichstag! Der Kriegsminister hat strenge Abmündung zugelassen, aber die wahre Remede wird bei der Nation selber liegen, oder lagen wir gleich bei den Kulturvölkern Europas überhaupt. „Vagt euch nicht ein, Schickerer durch das Geschrei von Krieg und Kriegsgefahr“, und vor allem: Laßt euch nicht auseinander gehen! Glaubt nicht, wenn man es auch sagt, daß eure heiligsten Rechte und Befühle oder daß euer Vaterland bedroht sei.“ Die so reden, tun es entweder, um eure Aufmerksamkeit von den wichtigsten Fragen des inneren nationalen Lebens abzulenken, oder sie tun es im Dienste der Kriegszustellanten. Europas heiligstes Recht ist der Frieden. Hinter dem Kriegsgeflüster steckt entweder die Reaktion oder — was das Allerelchafteste ist — die Dividende.

Wie lange wird diese Erkenntnis vorhalten?

Der belgische Massenstreik.

Bilder aus dem Borinage.

Um den theoretischen Unterschied zwischen Generalstreik und politischem Massenstreik haben die belgischen Arbeiter sich nie sonderlich gekümmert. Das, was eigentlich nach der in den germanischen Ländern üblichen Ausdrucksweise ein politischer Massenstreik ist, nennen sie der Kürze halber einfach Generalstreik, obwohl auch der jetzige Streik trotz seines überwältigenden Umfangs nicht durchaus allgemein und also nur ein Massenstreik ist, den man eben so allgemein wie möglich zu machen versucht.

Auch der verlockende theoretische Wortklaub würde indes gegen die Bezeichnung Generalstreik für die jetzige Situation im Hennegauer Kohlenrevier Borinage nichts einzuwenden können. Hier ist, wie übrigens in den benachbarten Bezirken Centre und Charleroi, die allgemeine Arbeiterruhe Wirklichkeit geworden. Hier hat das Proletariat zum ersten Male in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in einem derartigen Maßstabe wenigstens, den Generalstreik in des Wortes primitivster Bedeutung vollzogen. Und zwar in der von dem Parteitag der Arbeiterpartei und dem nationalen Streikkomitee gewollten Form eines ruhigen, „friedlichen“ Streiks, dessen Wirkung in der bloßen Tatsache des Nicht-Arbeitens besteht.

Kein Bild von den früheren Meeresstreiks in diesem Gebiet, ihren Massenausfällen, Massenversammlungen und Razzien, läßt sich an tragischer Größe mit dem vergleichen, das der Borinage jetzt bietet. Nicht durch das, was sich ereignet, sondern durch das, was sich nicht ereignet; einfach, weil nicht gearbeitet wird. Die leeren Straßen, die stillen Häuser, die Abwesenheit des Lärmes und des Qualmes, die Unbeweglichkeit der Riesenmaschinen, die Dehargie dieser ganzen Gegend ist imposanter, als es irgend ein Bild wild aufgeregter Massenleidenhaft sein könnte. Freilich, das äußere Landschaftsbild ist friedlich und beruhigend, vielfach sogar idyllisch, besonders wenn die Sonne durch die Wolken bricht, und das frische Grün, das sich jetzt des rauchfreien Himmels zu erfreuen scheint, und das helle Rot der von den Aprilschauern geputzten Ziegelhäuser, das sich freundlich von dem dunkeln Hintergrund der Schutthalben abhebt, deren mächtige Pyramiden dem Mevier den Anschein einer vulkanischen Gebirgsgegend verleihen. Aber gerade in der Tatsache, daß der bewußte Wille der Arbeiter dieses düstere Reich der Steinkohle und

der Maschinen in ein Reich der Menschen und der Trägheitsnatur umgewandelt hat, liegt die Tragik dieser über raschenden Metamorphose einer ganzen Gegend.

Die Sache ist so furchtbar einfach: die Arbeiter wollen nicht mehr arbeiten und bleiben zu Hause. Und schon alle, Glasbläser wie Fabrikarbeiter, Metallarbeiter wie Bergleute. Es gibt keine Streikbrecher, alle man braucht keine Streikposten. Es gibt keine Indifferenten, die aufzurüthen oder zu gewinnen wären, also man braucht keine Demonstrationen und Volksversammlungen. Die Bergwerke und Fabriken sind leer; man will kein Geld sparen und geht nicht in die Wirtschaft; man benutzt die Gelegenheit, bei Frau und Kindern zu bleiben, oder das Gärtnchen zu bearbeiten. Es ist wie ein Sonntag, ein allgemeiner, langer Sonntag — aber ohne die Sonntagsfreude und mit einem anderen Gedanken erfüllt, als die gewöhnlichen Sonntage, die nur der Ruhe und der Erholung dienen sollen: dem Gedanken, denen, die über die politische Macht verfügen, zu setzen, daß ihre Erfindung abhängt von dem Willen der Arbeiter, denen die politische Gleichberechtigung verweigert wird, weiter für sie zu arbeiten. Dieser Gedanke ist hier zum starken, einmütigen Willen geworden — und dieser Wille hat dieses Land der Arbeit in ein Land der Ruhe verwandelt. Wo sonst 50.000 arbeiten, ruhen jetzt 50.000. Auf der ganzen langen Fahrt von Mons aus über Gemappes, Quaregnon, Hornu, Wasmes, Naturages, La Bourbier, Fromeries und Cuesmes zurück dem Ausgangspunkte — sieht man nur geschlossene Fabriken und Bergwerke und leere Straßen, die zur Mittagszeit einen Augenblick von den aus der Schule heimkehrenden Kindern belebt werden.

Die meisten Arbeiter des Borinages haben übrigens ein Gärtnchen, dessen Produkte ihnen von Nutzen sein können. Man könnte es also hier verhältnismäßig viel länger aushalten, als etwa in den Großstädten. Man denkt hier denn auch noch nicht daran, kommunistische Ritten einzurichten oder die Kinder zu verschicken; die meisten Arbeiter, und besonders die Frauen, scheinen übrigens nicht gewillt zu sein, auch, falls das Gleichschlimm werden sollte, sich von ihren Kindern zu trennen.

Die Frauen sind übrigens dem Streik ebenso günstig gesinnt, wie die Männer. Zum Teil mag das darauf zurückzuführen sein, daß der wirtschaftliche Nachteil vom Ausfall des Lohnes zum Teil wieder durch andere Vorteile wettgemacht wird.

Der Gedanke des Generalstreiks für das gleiche Wohlrecht scheint hier in der Tat das geworden zu sein, was die Franzosen eine „idée force“ nennen: eine Elementaridee, die aus einer ganzen Reihe von unmittelbaren historischen Erfahrungen geboren, sich schließlich in alle Gehirne festsetzt, denen sie infolge ihrer logischen Einfachheit als etwas indiskutables, alles beherrschendes, erscheint. Mit welcher elementaren Macht der Gedanke des Generalstreiks hier wirkt, geht daraus hervor, daß auch die zahlreichen, im Borinage wohnhaften Arbeiter, die jenseits der Grenze in den französischen Metallfabriken arbeiten, alle streiken. Das läßt sich nun vom Geschäftspunkt her reinen Vernunfteslogik sicher nicht rechtfertigen; denn man läßt doch auf die belgische Regierung keinen Druck aus, wenn man die französischen Unternehmer in ihren Interessen trifft. Die belgischen Arbeiter, mit ihrem germanischen Temperament und ihrer geringeren Impulsivität, verstehen das denn auch; die Arbeiter West-Flanderns zum Beispiel, die zu Tausenden in die Textilfabriken an der französischen Nordgrenze arbeiten gehen, bleiben eben an der Arbeit und geben einen Teil ihres Lohnes zur Unterstützung ihrer streikenden Genossen ab. Im Borinage würde davon keine Rede sein! Die streikenden Arbeiter würden nicht dulden, daß einzelne Arbeiter anderswo arbeiten gehen, wenn alle anderen streiken; der Streik wird hier ja zuzagen zum ethischen Gebot; es ist, als ob es eine aus dem Willen selber geborene Macht wäre, der sich alles beugen muß.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Eckert.

Hier, sagte Claus und legte seine schwere Hand auf einen Esel, der neben ihm stand. Carlsein setzte sich. Die lange Karte lag ihm gegenüber.

Ein Glas Bier?

Was? Bei diesem feuchten Wetter auch noch Bier?

Nur Grog ist es zu früh.

Du hast noch viel früher mit mir Grog getrunken, mein Junge.

Na, beim Grog! Das warme Getränk war ihm schließlich selber lieber.

Frau Bernat brachte den Grog mit einer gewissen Feierlichkeit; er sollte empfinden, daß sie ihn nicht zu ihren gewöhnlichen Gästen rechnete.

„Ist mein Bier gekommen?“ fragte Marie mit der Vertrauenstimmlichkeit der alten Frauen. Sie hatte Flaschenbier von einer auswärtigen Brauerei bestellt.

„Alles da, mein Herr!“ Sie konnte es morgen vormittag schon mitnehmen.“ Carlsein schlug mit der Hand in einem raschen Bogen aus. Er warferte noch immer die frühe Frühstückspfeife.

„Denken an der Nacht hat schon die Arbeit begonnen.“ sagte Bernat, um ein kaltes Schweiß auszuleiten. Er kannte die Themen der langen Marie.

„Bist du Sie, wer die Lieferung bekommt?“

„Nein, das möchte Bernat nicht. Er und seine Frau lebten noch außerhalb der bürgerlichen Grenzen.“

„Sie“, sagte der Viehhändler und schlug Carlsein auf die Schulter.

Bernat kannte und Carlsein fürchte sich geboten. Er kam sehr gern auf die Lieferung zurück. Es war der Erfolg, den er seit Wochen innerlich liebte.

„Da ist Gott verdammt“, rief ein Geschäft zu machen!“

„Gott verdammt“, rief Carlsein mit eisiger Stimm, „da ist viel Geld zu holen, wenn es ein Geschäft.“

„Aber wenn hast du das zu verkaufen?“ rief Dagmar.

„Das will ich nicht sagen. Manchen ist ein rechtlicher Handel.“ Er hat mich seine Zustimmung gegeben.“

„Du hast mich schon oft betrogen, wenn andere über den Handel einig sind.“

„Wer hat ihn das?“ rief er mit einem Blick auf den Esel. „Aber hat die Wischerei auf dem Pflaster“

markt in Schwung gebracht? Dagmar. Habe ich vielleicht nicht recht?“

Der Viehhändler lächelte triumphierend um sich.

„Ja, ich habe wahrhaftig nichts gegen Dagmar“, beistellte sich Carlsein, einzufallen. „Sie ist ein glänzendes Weib!“

„Sie wird den alten Philister schon kurantzen! Dagmar soll leben!“ Der Viehhändler hob sein Glas.

„Ja bin ich immer dabei.“

Marie stieß geschmeichelt mit an; es galt doch immer der Familie.

„Ausrücken!“ brüllte Claus, als man die Gläser wieder hingestellt hatte.

„Ich habe das Glas eben bekommen.“

„Bist du etwa eine alte Jungfer?“ Stieß einmal die Marie an. Die trinkt nicht wie eine Jungfer.“ Marie hatte den Grog wie Limonade in die Aehle gegossen.

Das Gespräch kam bald in Schwung. Es redete etwas humor in der heben Bauernguten des großen Claus. Der alte Bernat hatte alle Hände voll zu tun, der Grog floß in Strömen.

Er hatte längst die Koulour herabgelassen und die böfige Hängelampe angezündet und der Viehhändler legte immer noch einen heißen Lohr nach dem andern auf den Tisch. Auf das Geld kam es ihm nicht an. In diesem Punkte war er nobel, das mußte man ihm lassen. Bernat hing selber an, betrunken zu werden, und sah alles in einem beröcklichen Lichte. Gläubte man etwa, daß er nicht Bescheid wußte? Er war nicht umsonst Matrose gewesen, er kannte in Hamburg alle Straßen, auf die es ankam.

Carlsein hatte zunächst etwas Angst gehabt. Er stitterte immer, daß jemand kommen könnte, aber er hatte Glück, es kam niemand. Der Hofen war einfach, weil die Schiffahrt noch nicht begonnen hatte, und der regnerische Abend hielt die Gäste zu Hause. Der Regen hatte draußen seit langem wieder eingesetzt und wurde vom Winde gegen die Scheiben getrieben. Es war gemütlich und abgelebt im Zimmer und der Grog löste die Janggen. Carlsein war fast aufgehoben und tat wieder mit. Die Angst war längst geschwunden.

„Bist du viel weiter wenn er Witwer ist“, sagte Marie. Er hatte eben eine Matrosengeschichte zum besten gegeben, bei der Carlsein vor Lachen fast vom Stuhl gefallen wollte. Frau Bernat ließ sich den ganzen Abend fern.

„Bist er Witwer?“ rief er, als sie ihn trösten. „Kräulein!“

„Ja“, rief der Viehhändler. „Sagt ihr.“ Sie“ zueinander.“

„Ja, das ist ein freilich.“

„Aber das ist ein Unfug. Wenn die Marie täglich zu dir in den Laden kommt?“

Carlsein wußte nicht recht.

„Seid Ihr gute Freunde oder seid Ihr es nicht?“

„Das sind wir gewiß!“

„Na, dann austrinken und auf Du und Du!“ Er schlug auf den Tisch, daß die Gläser klirrten. „Ihr seid so verrückt mit Eurer Zimperlichkeit!“

Carlsein und Marie tranken Brüderhaft.

„Dann will ich auch einen Auf haben!“ rief Carlsein. Er war völlig betrunken geworden; es galt ihm alles gleich.

„Kommt an!“ sagte Marie und wuschte ihren Mund mit der Rehesse der Hand.

Carlsein drückte ihr einen herzhaften Kuß auf

„Noch einen!“ Marie gestel die Sache.

Carlsein lächelte sie wieder.

„Aller guten Dinge sind drei!“ rief der Viehhändler. Marie sagte Carlseins Kopf und drückte ihm eine ganze Reihe von Küßen auf.

„Sie möcht ihn, Gott verdammt“, rief Carlsein, geirrt.

„Wollen wir jetzt nicht Bier trinken. Mit einem kleinen Rognat, damit wir uns nicht erkälten?“

„Ger bamm!“ rief Carlsein; der Grog hatte ihm Durst gemacht.

Bernat brachte Bier und Rognat. Man stieß mit dem Rognat an.

„Den Auf hätte der Klapperlaffen“ seien sollen“, meinte Marie bestrebt. „Sie wollen vor Neid gelb geworden.“

„Dred mit dem Klapperlaffen!“ rief Claus. „Das Frauenzimmer gönnt ihrem Manne nichts Gutes.“

„Der ist der Klapperlaffen?“ fragte Bernat und schüttelte.

Er hatte fleißig mitreden müssen.

„Das ist keine Welt!“ rief der Viehhändler. „Sie ist so mager, daß die Knochen raffen.“

Carlsein sah alle Dinge wie durch einen roten Nebel. Marie, die vor ihm sah, hatte plötzlich zwei Gesichter. Er sah, daß sie ihm vertraulich mit den Augen winkte.

„Die möchte ihren Mann am liebsten hinter ein Spinnrad setzen. Die möchte einmal in die Schule genommen werden.“

Carlsein hatte das Gefühl, daß er hinaus mußte. Er hatte die ganze Zeit etwas sagen wollen, hatte aber die Worte nicht gefunden. Er wollte etwas sagen, aber es war das reine Geklafel. Mit einemmal flüchte er, daß er unter allen Umständen hinaus mußte. Die Stube begann sich mit ihm im Kreise zu drehen. Er mußte hinaus; wenn die anderen es nicht merkten wollten. Er stand auf und wandte zur Tür.

Bei einer solchen Einseitigkeit des Ausmaßes ist die Gefahr von Konflikten mit der bewaffneten Macht natürlich bedeutend verringert. Zwar sind alle Bergwerke und größere Betriebe mit Militär besetzt, aber bei der ganzen Situation und bei der Stimmung der Streikenden ist die Sinnlosigkeit dieser Maßregeln so offenbar, daß sie ihren Zweck, provokatorisch zu wirken, völlig verfehlen. Es ist, als ob die uniformierten Gestalten, die Soldaten, die man hier und da an den Türen der Werke oder hinter den Gittern von Fabrikschloten gelangweilt herumlungern sieht, mit zum Wille dieser allgemeinen Ruhe gehörten — als ob auch sie, die Soldaten, Streikende wären.

Das böse Gewissen.

Eine besonders giftige Note bringt die „Nordb. Allgemeine Zeitung“ über den belgischen Generalkrieg. Das Blatt der unter der Diktatur der preussischen Junker stehenden Regierung schimpft also los:

„Der Generalkrieg in Belgien laßt nun schon fast eine Woche auf dem Lande und schädigt gleichermäßen die Arbeitnehmer wie die Arbeitgeber. Gewaltige wirtschaftliche Werte werden Tag für Tag vernichtet, weil eine Minderheit der Bevölkerung darin den besten Zwang zur Durchföhrung einer politischen Forderung sieht. Es ist nicht nur eine Irdische, sondern auch eine verbercherische Demonstration, die sich da ausstößt, und deren Ende nicht abzusehen ist. Wenn neuerdings nach den letzten Kammerverhandlungen wieder behauptet wird, die Schuld der Verlängerung liege nur an der Regierung, da diese nicht ihre Zustimmung zur Ueberweisung des politischen Wahlrechts an eine Kommissionsberatung geben wolle, so ist das einfach ein Beharren auf der Idee des Generalkriegs als eines politischen Nützigungsmittels. Was abgesehen von der Frage, ob eine solche Kommission angeordnet werden dürfte, bleibt die Tatsache bestehen, daß es im höchsten Maße verwerflich ist, mit Zwangsmitteln die Entscheidung beeinflussen zu wollen.“

Lüge und Frechheit! Lüge ist die Behauptung, nur eine Minderheit verlange das gleiche Wahlrecht. Hinter der belgischen Wahlrechtsforderung steht genau wie hinter der preussischen die überwältigende Majorität der Bevölkerung, die nur durch ein infames Wahlrecht an der Durchföhrung ihres Willens gehindert wird. Ein Wahlrecht, das die herrschende Minderheit nur durch das Zwangsmittel der bewaffneten Macht ausrechtzuhalten imstande ist.

Frechheit ist es! wenn das Regierungsblatt die grandiose, aufopferungsvolle, heroische und trotz aller Provokation so völlig ruhige Manifestation des belgischen Proletariats eine verbercherische zu nennen mag. Nein, ein Verbrechen haben jene herrschenden, klerikalen Terroristen begangen, die das belgische Volk zur Anwendung dieses Mittels gezwungen haben.

Aber wer kann auch von den offiziellen Stribenten Verständnis verlangen für den herrlichen Idealismus, für die bewunderungswürdige Disziplin, für die opferbereite Entschlossenheit, die der Massenstreik offenbart hat. Spricht doch aus dem Mutanfall des Regierungsblattes nur die Angst der preussischen Reaktion, das belgische Beispiel könnte auch im Lande der Dreiklassenwahlrecht die Wahlrechtsform, die die Throntrede vergeblich versprochen hat, zur wichtigsten und dringlichsten Aufgabe der Gegenwart machen.

Einen unerhörten Uebergriff aber begeht das Blatt der Regierung durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines auswärtigen Staates. Der Uebergriff ist um so krasser, als die Einsetzung der Verfassungskommission nicht nur eine Forderung der Liberalen und Sozialdemokraten, nicht nur die der belgischen Bürgermeister ist, sondern vom Ministerpräsidenten selbst schon so gut wie zugesagt worden war — wohl auf den Wunsch des belgischen Königs hin — und nur von der klerikalen Majorität unter Führung Wolfes bisher verhindert worden ist. Der Satz gegen das gleiche Wahlrecht hat hier das Regierungsorgan gegen die elementarsten völkerverständlichen Pflichten blind gemacht.

Aus den Streikgebieten.

Brüssel, 21. April. Die Arbeiter der südlichen Gasfabrik in Brüssel haben für Dienstag gekündigt. Der 3000 Mitglieder starke Antwerpener Diamantarbeiterverband, der nicht der Generalkommission angeschlossen ist, und der zunächst nur einen eintägigen Demonstrationstreik machte, beschloß gestern fast einstimmig, von heute ab zu streiken.

In Seraing wurde der Sekretär der Metallarbeiter, La Haut, wegen angeblicher Bedrohung von Streikbrechern verhaftet.

Am Sonnabend gingen aus dem Gebiet Hennegau zahlreich Gruppen von Kindern nach Nordfrankreich ab.

Einer neueren Nachricht zufolge hat heute der Streik wieder eine bedeutende Ausdehnung erfahren, besonders in Antwerpen, wo jetzt alle Diamantarbeiter streiken. In Centre, Westvliet, Lüttich, Gent, Charleroi, Alost und Brüssel ist der Zuwachs besonders in der Schneiderei, im Sauge- und Metall- und im Buchgewerbe zu verzeichnen. Brüssel hat jetzt über 30.000 Streikende, davon 8000 Metallarbeiter. Auch die Laternenanzünder haben für morgen gekündigt. In den sonstigen Bezirken ist die Situation des Streiks unverständlich.

Die heutige Demonstration in Seraing verlief großartig und ruhig. Das Polizeipräsidium von Gent meldet, es habe nie so wenig Uebertretungen zu verzeichnen gehabt, wie in voriger Woche. Der Güterwagenverkehr vom Kohlenzentrum nach La Louviere hatte normaler Weise 2800 Wagen täglich; dieser Verkehr ist auf 50 Wagen täglich zurückgegangen.

Die Verbergung des radikalen Abgeordneten und Vorkämpfers der Wahlrechtsfrage, Janson, geschah heute nachmittags in Brüssel zu einer gewaltigen Demonstration. Die Streikenden bildeten Spalten.

Der Generalkrieg.

Brüssel, 20. April. Die Zeitungsjäger haben den Streikschluß ihres Verbandes nicht imgeachtet. Die bürgerlichen Zeitungen sind heute erschienen, dagegen der „Revue“ nicht. Die desorganisierte Haltung der Zeitungsjäger kam heute in einer Sitzung des Buchbinderverbandes mit dem Streikkomitee zur Verhandlung. Es wurde die Wiederherstellung des Streikschlusses beschlossen; die Streikbrecher sollen aus der Organisation ausgeschlossen werden. Sollte das Nichterscheinen der bürgerlichen Blätter nicht erreicht werden können, so soll auch der „Revue“ hergestellt werden. Man erhofft jedoch eine Anwendung, da die unorganisierten organisierten Streiktheure das Nichterscheinen der Blätter möglichst machen können. Die Gefahr an der verwirrenden Situation wird dem

reutrikismus und dem Zünftertum des Verbandes der Buchdrucker aufgehoben, das den Druck der Streikbulletins und dergleichen Proklamationen verweigerte.

Soldaten desertieren.

Brüssel, 21. April. Aus La Louviere wird gemeldet, daß zwei Soldaten eines sächsischen Regiments gestern abend desertiert sind. Sie wurden von einer Patrouille verfolgt, auf die sie schossen. Einer der verfolgten Soldaten wurde gefaßt; die Deserteure konnten bis jetzt noch nicht gefaßt werden.

Die wirtschaftlichen Folgen des Streiks.

Brüssel, 20. April. Während der ersten Streikwoche ergaben die Einnahmen der Staatsbahnen einen Ausfall von 66 Prozent, die der großen Brüsseler Theater sanken von 250 000 auf 80 000 Franken herab. Zwei Theater schließen morgen infolge Besuchsmangels.

Das ist die Revolution!

Die „Schleische Zeitung“ bringt in ihrer Ausgabe vom Montag abend über den Generalkrieg in Brüssel folgenden langen Stoßfussler:

Der von der Arbeiterpartei veranstaltete Generalausschuss hat längst einen revolutionären Charakter angenommen, obwohl äußerlich die öffentliche Ruhe und Ordnung kaum gestört worden ist. Denn jetzt machen die Arbeiterführer, nachdem sie zum Bewußtsein ihrer Macht gelangt sind, kein Hehl daraus, daß sie mit Hilfe der riesigen Arbeitseinstellung die Regierung zur Erfüllung aller ihrer Wünsche zwingen wollen. Dieser haben sie sich mit der bloßen unverbindlichen Zusage begnügt, daß eine parlamentarische Kommission das verwickelte Wahlrechtsproblem prüfen werde. Jetzt treten sie in ihrem Uebermut mit ganz anderen Forderungen auf und wollen die Zustimmung erhalten, daß Regierung und Kammer das allgemeine und gleiche Stimmrecht mit einer Altersgrenze von 21 Jahren auch wirklich genehmigen werden. Höchstens werden sie über den Alterspunkt mit sich handeln lassen und eine Altersgrenze von 25 Jahren für das aktive Wahlrecht zugestehen. Aber das ist alles, was die neuen Herren des Landes bewilligen wollen. Sie haben selbst nicht auf einen so durchschlagenden Erfolg ihrer Aktion gerechnet, und daraus erklärt sich auch die diktorische Sprache, die sie jetzt führen.

Man fragt sich mit wachsender Besorgnis, was die Regierung nimmermehr unternehmen wird. Offenbar war sie über die Bewegung, die sich unter der Arbeiterschaft vorbereitete, sehr schlecht unterrichtet. Ihre Gouverneure und Bezirkskommissare, von denen sie Berichte über die Volkstimmung in den großen Industriegebieten einforderte, haben ihr ausschließlich optimistische Berichte geliefert, da sie sich wohl selbst über die Stimmung der Arbeiterkreise getäuscht hatten. Von allen Seiten wurde der Regierung mitgeteilt, die Volksbewegung werde ein glänzendes Ende nehmen und innerhalb 48 Stunden ihr Ende erreichen. Nun hat der Umstand einen riesigen Umfang angenommen, der selbst die kühnsten Erwartungen der Arbeiterführer übersteigt, und so befindet sich das Ministerium in der Prognose einer Bewegung gegenüber, der sie nicht Herr zu werden vermag.

Am kommenden Dienstag soll die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden fallen, d. h. die Regierung wird zu erklären haben, ob sie die Bedingungen der sozialdemokratischen Parteileitung, nämlich die sofortige Annahme der Verfassungsrevision, annimmt oder nicht. Wie die Dinge heute stehen, wird ihr kaum etwas anderes übrig bleiben, als ein mehr oder minder verlauselter Rückzug, der aber in der Hauptsache den Sieg der Revolutionspartei bedeuten wird. Das Ministerium de Broqueville hat in der Sache schon mannigfache Schwankungen durchgemacht, die seine Stellung erheblich schwächen müssen. Zudem hat die Regierung es keineswegs nur mit der Arbeiterpartei zu tun, sondern auch mit den mächtigsten liberalen Bürgerparteien, die in ungläublicher Verblöndung und aus Haß gegen die katholisch-klerikale Herrschaft der Revolution offen und bigott Vorschub leisten. Es ist daher die ernste Gefahr vorhanden, daß die Regierung in dem gegenwärtigen Kampfe unterliegt, und dann werden wir in Belgien in die Periode eintreten, die zwar noch nicht die Herrschaft der Revolutionspartei bilden, sie aber jedenfalls vorbereiten wird.

Das Blatt mag sich irren. Auch in Preußen wird die Zeit kommen, wo sich die Arbeiter mit beschränkten Armen ihr Recht erkämpfen, das man ihnen frech und dreist vorenthält.

Politische Ueberblick.

Der Wehrbeitrag der Fürsten.

Bürgerlichen Blättern wird von einer Korrespondenz mitgeteilt:

Die Regierung will aus leicht verständlichen Gründen eine gesetzliche Festlegung dieser Spende nicht zulassen, auch aus allgemeinen staatsrechtlichen Erwägungen nicht. Der Fürstenbeitrag soll den Charakter einer freiwilligen Gabe haben. Demgegenüber werden in der Budgetkommission von der Linken Einwände gestellt werden, die eine Pflicht der Fürsten, mit ihrem Vermögen beizusteuern, festlegen wollen. Ob sich eine Mehrheit dafür finden wird, ist sehr zweifelhaft, da die Regierungsvertreter sich mit aller Entschiedenheit dagegen erklären werden, ebenso die Nationalliberalen und die Rechte, während die Haltung des Zentrums noch zweifelhaft ist. Uebrigens soll die Höhe der Beiträge, die der Kaiser und mit ihm die anderen deutschen Fürsten leisten werden, nicht etwa der allgemeinen Meugler preisgegeben werden. Auch hier gilt das Steuergeheimnis.

Diese Mitteilung ist ein Phantasiegebilde. Die Steuerfreiheit der Fürsten bei Reichsteuern steht keineswegs von vornherein fest, muß vielmehr im Gesetz ausdrücklich bestimmt werden. Also nicht die Steuerpflicht, sondern die Steuerbefreiung müßte in dem Gesetz zum Ausdruck kommen. Wir haben nur eine einzige direkte Reichsteuer, das ist die völlige ungenügende Erbschaftsteuer. In diesem Gesetz wurde gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten der Passus hineingeschrieben: „Der Landesfürst und die Landesfürstin sind von dieser Steuer befreit.“ Ohne diese Einschaltung hätten auch die Landesfürsten im Erbfall Steuer bezahlen müssen. In dem Gesetzentwurf über den Wehrbeitrag steht aber kein Wort von einer Befreiung der Fürsten, das müßte im Reichstag erst beantragt und beschlossen werden. Vielleicht aber, daß bei der Verbreitung der erwähnten Notiz der Wunsch Vater des Gedankens war.

Sehr tief blicken aber läßt der letzte Satz der inspirierten Meldung: Damit das Volk nicht vor Nahrung umfällt, bleibt die Höhe der Monarchenspenden geheim.

Der Militäretat.

Der Reichstag hat in der heutigen Sitzung die Spezialdebatte des Militärsetats fortgesetzt. Noch immer muß Herr

v. Deeringer auf seinem Armeeländerstuhl ausstehen und sich die Kritik anhören, die er vergeblich mit einigen abflehenden Handbewegungen besetzen möchte. Namentlich sind es unsere Genossen, die ihm die schwersten Aufgaben zu lösen geben, während er von den Bürgerlichen wenigstens hier und da den bescheidenen Trost einer Dankagung oder Anerkennung erhält.

Schwarz-blauer Kalenderpatriotismus.

Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage, folgendes Zirkular veröffentlichen zu können:

„Zu treuen Händen!
Vertraulich
Einschreiben!“

Vom Interesse maßgebender Regierungskreise, insbesondere des Herrn Reichskanzlers, begleitet, ist mit Hilfe privater Mittel ein wirklich großes, nationales, an die breite Volksmasse gehendes Mittel geschaffen worden, das vaterländischen Interessen dient und den in dieser Beziehung gemeinsamen Programmpunkten der staats-erhaltenden, kaiserstreuen Parteien mächtig und großzügig Ausdruck verleiht. Die mitunterzeichneten Vertreter der

Freikonservativen Partei (Landrat a. D. Otto v. Dewitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses),
Konservativen Partei (Oberverwaltungsgerichtsrat Graf Arno v. Westarp, Mitglied des Reichstages),
Nationalliberalen Partei (Paul Fuhrmann, Geschäftsführender Vorsitzender des Nationalliberalen Reichsverbandes),
Zentrumspartei (Schriftsteller Matthias Erzberger, Mitglied des Reichstages),
haben unter dem Motto „Dem Vaterlande, nicht der Partei“ die Herausgabe eines in

3 (drei) Millionen

Exemplaren zur Verbreitung gelangenden **Wunderkalenders** unter dem Titel „Deutscher Volksfreund“ beschlossen, der in volkstümlicher, packender Form nationale Fragen behandelt und der dem deutschen Volke ein Wegweiser und Führer in verschiedenen, die Gesamtheit des Vaterlandes betreffenden Fragen sein soll. Redigiert wird der Kalender von dem bekannten Schriftsteller Richard Nordhause. Die drei Millionen Exemplare werden unter Zustimmung unserer Organisationen auf Weisen verbreitet, die nur uns zur Verfügung stehen. Das vortrefflich ausgestattete und reich illustrierte, vier Textbogen starke Kalenderbuch wird zum Preise von 10 Pf. abgegeben. Um wenigstens einen Teil der Mehrkosten decken zu können, haben wir eine kleine Zahl angelegener Plakate zur Infektion ein. Wir bitten Sie im Interesse der großen und wichtigen Sache, Ihre Mitwirkung dabei nicht verlagern und gleichfalls eine Anzeige aufgeben zu wollen. Wird doch bei der gewaltigen Auflage des Kalenders und seiner Verbreitung durch ganz Deutschland diese Mitwirkung auch kaufmännisch von besonderem Erfolg sein.

Berlin, den 18. April 1913.

Der Ausschuss:

Zedlitz, v. Voebell,
Seehandlungspräsident a. D. Wirklicher Geheimrat,
Mitglied des Abgeordnetenhauses. Oberpräsident a. D.
Vertreter der Parteien:
M. Erzberger, Paul Fuhrmann, v. Dewitz, Graf Westarp.

Daß die Kalendersammelpolitik politische Erfolge haben könnte, so natz werden die Unterzeichner des Zirkulars wohl kaum sein. Das Geschäft dürfte die Hauptsache sein; darauf deutet insbesondere auch die Teilnahme des geschäftlichen Herrn Erzbergers hin, der sich sicher nicht beteiligt hätte, wenn nichts dabei herausspränge.

Die Feinde Berlins.

Die zweite Lesung der Vorlage über die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Berliner Stadt- und Ringbahnstrecken im Dreiklassenhaufe wurde am Montag bis auf die Abstimmung beendet. Diese wird eine namentliche sein und am Beginn der Dienstagung stattfinden. Noch einmal zeigten die Konservativen und die Minderheit der Freikonservativen ihre Feindschaft gegen Berlin, indem sie die durch aus notwendige Vorlage bekämpften; es fanden sich jedoch Minderheitsredner der Junterpartei und des Zentrums, die für die Vorlage eintraten. Am Dienstag dürfte sich zeigen, daß der Hauptsache die Entwicklung der Reichshauptstadt nur von den Parteien der Linken gefördert wird. Die Berliner Bevölkerung ist durch diese Erkenntnis längst zur radikalsten Opposition getrieben worden und deshalb auch die Feindschaft der Schwarzblauen.

Am Dienstag wird auch das neue Ausnahmengesetz gegen die Polen in zweiter Lesung beraten werden.

Folgende kurze Anfrage hat Abg. Dr. Seckler (Fortschr. Vp.) im Reichstag eingebracht:

Sind der Reichsregierung Nachrichten über die Ermordung des deutschen Reichsangehörigen Hans Urv in Santa Cruz zugegangen? und eventuell: Hat die Reichsregierung bereits Schritte unternommen, um die Bestrafung der Schuldigen und eine entsprechende Sühne herbeizuführen?

Abg. Dr. Weill (Soz.) hat folgende Anfrage im Reichstag eingebracht: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob Verhandlungen zwischen den Reichstamerun berechtigten Kongressgesellschaften und den verbündeten Regierungen über die künftige Stellung der Gesellschaften geführt worden sind, und welches Ergebnis diese Verhandlungen gehabt haben?

Verhaftete Anarchisten. Bei der politischen Polizei ist es nun war die Mitteilung eingelaufen, daß ein anarchistischer Flugblatt „Krieg gegen den Krieg“ verbreitet werden sollte, vornehmlich an Arbeiter, wenn diese frühmorgens zur Arbeit gingen. Infolgedessen wurde die ganze Stadt durch Kriminalpolitisten und Schulleute in Post, zum Teil als Maurer, Bauarbeiter usw. verkleidet, bewacht. Es wurden sieben Personen wegen der Flugblattverbreitung verhaftet.

In der betreffenden Druckschrift sollen die wehrfähigen Männer aufgeführt worden sein, im Falle eines Krieges dem Ruf zur Fahne nicht Folge zu leisten.

Verhafteter Spion? Die Polizei verhaftete in Wiesbaden einen Fremden unter Spionageverdacht. Es handelt sich, wie sich alsbald herausstellte, um einen französischen Generalstabshauptmann namens Sarrau, der früher in Nordfrankreich und dann später bis zuletzt in Paris stationiert war. Die sofort vorgenommene Untersuchung der Papiere des Verhafteten ergab ein außerordentlich überraschendes Ergebnis. Man fand dort genaue Pläne von verschiedenen belgischen Festungen, Mobilisierungspläne, Zeichnungen von Gasblausmodellen und vor allen Dingen eine umfassende Korrespondenz. Aus dieser ging unabweislich hervor, daß der Generalstabshauptmann Sarrau mit der verschiedenen Vertrauensleuten in Straßburg, Elbe, in Kiel und in Berlin in Verbindung stand, von denen er von Zeit zu Zeit Nachrichten empfangen hatte und in der er ihnen auch solche mitteilte

Der Reichstag hat in der heutigen Sitzung die Spezialdebatte des Militärsetats fortgesetzt. Noch immer muß Herr

Breslauer Schlachthausmarkt. Wöchentliche Berichte über den Schlachthausmarkt vom 21. April 1913. Der Kupferpreis betrug: 21 Rinder, 1999 Schweine, 203 Schafe, 120 Gänse. Weizen vom vorigen Markt waren: 2 Rinder, 88 Schafe, 25 wurden geschlachtet für 50 Kilogramm:

Lebensgewicht	Schlachtgewicht
45-47	19-22
40-43	17-20
30-35	13-16
19-21	11-13

I. Rinder, A. Ochsen:
 Schlachtfähige ausgewachsene Rinder höchsten Schlachtwerts, die noch nicht geschlachtet haben (ungefähr)
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 4 bis 7 Jahren
 Junge, schlachtfähig, nicht ausgewachsene u. ältere ausgewachsene Rinder geschlachtet lange, gut geschlachtet ältere

B. Kühe:
 Schlachtfähige ausgewachsene höchsten Schlachtwerts
 Schlachtfähige jüngere
 Mäßig geschlachte junge, gut geschlachte ältere

C. Kalben und Stiere:
 Schlachtfähige ausgewachsene höchsten Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene Rinde höchsten Schlachtwerts, bis zu 7 Jahren
 Relativ ausgewachsene Rinde und wenig gut entwickelte jüngere Rinde und Kalben
 Mäßig geschlachte Rinde und Kalben
 Leicht geschlachte Rinde und Kalben

D. Derartig geschlachte Jungvieh (Stiere):
 II. Schafe: A. Schlachtfähige
 Schlachtfähige ausgewachsene höchsten Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 4 bis 7 Jahren
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 8 bis 10 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 10 bis 12 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 12 bis 14 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 14 bis 16 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 16 bis 18 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 18 bis 20 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 20 bis 22 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 22 bis 24 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 24 bis 26 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 26 bis 28 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 28 bis 30 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 30 bis 32 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 32 bis 34 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 34 bis 36 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 36 bis 38 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 38 bis 40 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 40 bis 42 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 42 bis 44 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 44 bis 46 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 46 bis 48 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 48 bis 50 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 50 bis 52 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 52 bis 54 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 54 bis 56 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 56 bis 58 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 58 bis 60 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 60 bis 62 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 62 bis 64 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 64 bis 66 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 66 bis 68 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 68 bis 70 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 70 bis 72 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 72 bis 74 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 74 bis 76 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 76 bis 78 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 78 bis 80 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 80 bis 82 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 82 bis 84 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 84 bis 86 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 86 bis 88 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 88 bis 90 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 90 bis 92 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 92 bis 94 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 94 bis 96 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 96 bis 98 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts
 Schlachtfähige ausgewachsene im Alter von 98 bis 100 Jahren (160 bis 200 Pfund) Schlachtwerts

Heute Freitag den 21. April

Waren	gute	mittlere	schlechte
Weizen, weicher	19.80	18.70	17.60
Weizen, gelber	19.50	18.40	17.30
Roggen	18.90	17.80	16.70
Gerste	18.50	17.40	16.30
Hafer	18.20	17.10	16.00
Erbsen	21.80	20.70	19.60
Bohnen	21.50	20.40	19.30

Stadt-Theater

Dienstag 7 1/2 Uhr:
 (Grandtägige Opernvorstellung)
 „Die Jägerskinder“
 Mittwoch, Anfang 7 Uhr:
Gastspiel Friedrich Plaschke:
 „Die Meißnerfinger von Nürnberg“
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 (Grandtägige Opernvorstellung)
 „Mignon“

Lobe-Theater
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
 „Der lebende Leichnam“
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 „Der lebende Leichnam“
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 „Das Haus am Meer“

Thalia-Theater
 Dienstag: Dumboldt-Opern.
 „Solos Vater“
 Donnerstag: Dumboldt-Opern.
 „Die fünf Frankfurter“
 Freitag: Opern J. L. Verheulung:
 „Solos Vater“

Schauspielhaus
 Dienstag 8 Uhr:
 „Sohett taupf Walzer“
 Mittwoch 8 Uhr:
 „Der liebe Augustin“
 Donnerstag 8 Uhr:
 „Sohett taupf Walzer“

Liebling's Etablissement
 Nur noch wenige Tage!
Beckers - Lora
 Sonntag, 27. April, 4 Uhr: Die
 Raub-Vorstellung (H. Preis).

Viktoria-Theater
 Belvedere-Ensemble, Dresden
Rin in's Vergnügen!
 Freitag 8 Uhr. Sondergünstig! (1019)

Zeltgarten
 Damen-Ringkampf
 12 Ringerinnen
 und das glänzende
 Spezialitäten-Programm.
 Anfang 8 Uhr, kann vorzeitig pflüg.

Zeltgarten-Tunnel
 Frei-Kino
 Frei-Doppel-Konzert
 Die Juxbrüder, Schrammeltrio
 Anziello, ital. Tenor.

Königsgrund
 2 Nähmaschinen
 gut nähend, wegen Platzmangel für 25
 und 30 Pf. zu verkaufen bei Rosenfeld,
 Reumann 1, Schlachthaus.
 [12568]

Riesengebirgs-Baude
 Größtes
 Vergnügungs-Etablissement auf der Anstehung
 in Schletzig. Besitzer: H. Krslinski.
Riesen-Pracht-Bau.
 Einzig in seiner Art.
 Täglich 3-4 Kapellen.
 45 Damen in alt-schlesisch. Kostümen servieren.
 Rutschbahn.
 Reserviertes Zimmer für 300-350 Personen.
 Schlesische Spinnstube.
 Bar etc. 1081

Zigarren
 an Wirt und Händler [11874]
 zu Fabrik-Preisen
Paul Schmidt, Bräuerstr. 8.

Circus Busch

Heute Dienstag
 den 22. April 1913
 abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung
 Das große Marine-Schauspiel
„U 20“
 in 5 glänzenden Bildern.
 Besonders hervorzuheben:
 Das Unterseeboot unter Wasser.
 Bersten der Schiffswandung und
 Herabstürzen des Wassers. Die
 Wunder der Tiefsee. Das Fest
 auf dem Panzerkreuzer.
 Vorher
 die grossen April-Attraktionen.
 U. A. 1008
Mac Norton
 das menschliche Aquarium

Pfänder-Auktion.
 Verlängerung u. b. 27. April.
 Schwirt, Weihenburgerplatz 7.

Restergeschäft
 wird antihängigen Leuten unter günstigen
 Bedingungen eingerichtet. Anzahlung er-
 wünschlich. Laden nicht notwendig. Offert.
 unter D. E. 5186 an Rudolf Mosse,
 Dresden. 951

Trauerhüte
 in größter Auswahl und
 billigsten Preisen 12116
Kulda Siedner
 Schmiedebude 15/16
 Gde. Kupfer-Schmiedestr.

Sie schwören
 auf unsere Kreditwürdigkeit und billigen Preis
 Anzüge gute Stoffe nur 10 M. nach Mass eleg. 18 M.
 Anzugfabrik, Wallstr. 17a, l.

Gedleg. Möbel
 für
Brautpaare
 Kompl. Erlene Einrichtung 200 Mk.
 Kompl. Nass-Einrichtung 300 Mk.
 Sündiges Lager von
 zirka 70 Einrichtungen
 Katalog und Verpackung gratis.
 Liefere franko Hauptbahnhof.
 Teilzahlung gestattet.
 Besichtigung erwünscht.
Gelegenheitskäufe
 in gut erhaltenen und
 wenig gebrauchten
 Schrank 19 Mk. Plüschsofa 30 Mk.
 Bettstelle, Matratze, Kissen 19 Mk.

Max Giesel,
 Grosses Möbellager,
 Breslau, Brüderstr. 5,
 8 Minuten vom Hauptbahnhof.

Lohe-Strasse 45/47.
 Gute Tischsch
Grosses Kränzchen
 — Neues Parkett. —
 11 Uhr: Große Blumen-Valente. [1067] Tanz- und Schilfentanz.

Telegramm!

Öffentlicher Verkauf von getragenen Mass-Garderoben, teilweise auf Seide gearbeitet, für jede Figur passend am Lager, von Ia. Kavaliere abgelegt.

Jackett-Anzüge Mk. 9. 12. 16. 20. etc.
 Rock-Anzüge „ 12. 16. 20. 24. „ bis
 Gehrock-Anzüge „ 18. 22. 27. 32. „ zu
 Herren-Unter „ 10. 16. 18. 22. „ dec
 Sommer-Paletots „ 8. 12. 14. 18. 20. „
 Hosen „ 3. 5. 6. „ teuersten
 Jünger-Anzüge „ 9. 10. 14. 18. „

Frack- und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

Kaufhaus für Herren-Garderoben
 G. m. b. H.
Neue Schweidnitzerstrasse 6
 an der Gartenstrasse. 1083

Maizeitung

zum Preise von 10 u. 20 Pfg.
 zu beziehen durch
Expedition und Kolporteurs.

Soeben ist erschienen:

1813

Vortrag
 gehalten von **Herman Wendel**
 am 9. März im Kaufmännischen Vereinshaus,
 Frankfurt a. M. 16 Seiten Umfang. Preis 10 Pf.
 Zu beziehen durch
 die Expedition und die Kolporteurs.

Maikarten

2 Stück 15 Pfg.
 empfiehlt die
Volkswacht - Buchhandlung.

Meiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben
 5 Worte frei. Das erste Wort fett, Schriftart bestimmt der
 Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
 Sportwagen verkauft Riedel, Augustus-
 strasse 18, 4. Etg. 1015
 Kinderwagen, moderner, verkauft billig
 Sattler, Gabelstr. 97, 2. Etg. Bestellungen
 nachmittags. 1076
 Sportwagen u. Ep. rwa. an gebt.
 702, v. d. G. Str., Radplatzstr. 155. 1082

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
 ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
 die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
 unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren
 Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
 sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“
 berufen.
 Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Berichtungen u. Vereine
Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“
 Ortsgruppe Breslau.
 Mittwoch, den 28. April, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
 Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal.
 1077
Die Ortsverwaltung.

Streifen, Gefangenen, Jernstrich
 Donnerstag, den 24. April
 abends 8 Uhr: 1085
Berichtungen. Generalversammlung
 1085
 8 Uhr: Jahresbericht, Vorstandswahl.

Bekanntmachung.
 Dienstag, den 6., Donnerstag, den 8., und Donnerstag,
 den 15. Mai d. J., von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nach-
 mittags, werden die verfallenen Pfänder innerhalb der
 Stunden 55 026 bis 67 038 versteigert.
 Ueberflüsse gehen in das Eigentum der Stadtgemeinde
 Breslau zu Gunsten der Armenverwaltung über, falls sie nicht
 binnen Jahresfrist abgehoben werden.
 Die für den Verkauf bestimmten Pfänder können noch kurz
 vor dem Zuschlag eingelöst werden.
 Verlängerungen werden noch bis Montag, den
 28. April, abends 6 Uhr, angenommen.
 Breslau, den 18. April 1913. 1065
Stadt-Verwaltung.

Möbel

Klein - polier - privat
Grosse Auswahl
 in einfach bürgerlichen und eleganten
 Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen bei
 langjähriger Garantie.
 von Ausführenden - Gustav Meißner

Kalante
Zahlungsbedingungen!

Abverkauf ist Vertrauenssache!
 Meine Devise ist:
Stroh reelle Bedienung
 bringt Empfehlung.

Der gute Ruf meines ca. 20 Jahre
 bestehenden Geschäfts und der
 dankbaren Kunden 1910 Zuspruch be-
 stätigen dieses. 474

Otto Bordag
 Mathienstrasse 116
 von 10 bis 12 Uhr
 11. Hofstrasse 41a elektr. Bahn 11

Arbeitsmarkt.
Immer, immer, immer.
 in 10 bis 12 Uhr
 11. Hofstrasse 41a elektr. Bahn 11

Anzüge neueste, modernste
 Stoffe [11]
 2,75, 12, 16, 19, 22, 25 Mk.
 n. Mass, eleg. Verarbeitung, gebüht.
 17, 21, 23, 25, 28, 30 und 35 Mk.
Herrenkleiderfabrik H. Jänischberger
 Albrechtstr. 41, H. Etg. (Kein Laden).
 11840/3

Geltdedern und fertige Betten.
 11840/3

**Exp.: Frauenkleidung,
 Schuhe, Handschuhe und f. f. f.
 Julius Immerwirth
 Bräuerstr. 22/23**

Deutsche Herren-Moden

Renschstrasse 37/38, am Königsplatz

empfehlen nach Mass:

Herren-Anzüge	zu 36.00	46.00	56.00	66.00
Herren-Paletots	zu 33.00	42.00	50.00	58.00
Jünglings-Anzüge	zu 26.00	32.00	38.00	44.00
Reiskleider	zu 10.50	12.50	15.50	19.50

unter Garantie besten Sitzes. 502
 Nur durchs Vertriebsbüro Renschstrasse, am Königsplatz.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. April.

An die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Parteilgenossen und Genossinnen!

Die Parteifester und die Landtagswahlen machen es nötig, daß alle Parteigenossen rührig sind und ihre Pflicht erfüllen. Am 1. Mai wollen wir uns wieder zu tausenden und zehntausenden versammeln, um für den Arbeiterfrieden und die Klassenforderungen des unterdrückten und ausgebeuteten Volkes unsere Stimme zu erheben; am 16. Mai sollen und müssen alle erwählten Preußen an den Wahlen teilnehmen und millionenfach versagen, was ihnen so nötig wie das tägliche Brot: ein freies Wahlrecht.

Zu dieser bewegten und kampferregten Zeit, da gibt es reichlich Arbeit für jeden Genossen, der mithelfen will. Am nächsten Donnerstag wird im Gewerkschaftshause die

erste Versammlung der Wahlmanns-Kandidaten

und Wahlhelfer abgehalten, zu der auch alle anderen Mitglieder dringend eingeladen sind. Da es sich um die Wahl der Abgeordneten-Kandidaten handelt, dann aber noch um wichtige Anweisungen für die Wahlmanns-Kandidaten und Wahlhelfer, sollte niemand fehlen.

Am Sonntag, den 27. April treten wir zum ersten Male vor die große Masse der Landtagswähler mit einem Flugblatt, das sie aufklärt über die Schmach des Treiklassenwahlrechts und ihnen eindringlich zuruft: Geht zur Wahl und wählt sozialdemokratische Wahlmänner. Parteigenossen, wir haben stets eine Ehre daran gesetzt, unsere Flugblätter selbst zu verbreiten. So muß es auch diesmal sein. Kommt also

Sonntag zur großen Flugblatt-Verbreitung!

Es geht von Haus zu Haus, von Tür zu Tür. Wenn hunderte der Genossen und Genossinnen an die Arbeit gehen, dann ist sie schnell getan. Die Flugblattverteiler treffen sich von 8 Uhr vormittag an in den Distriktslokalen, die wir nächstens bekanntgeben. Auf dem zum Kampf um ein freies Wahlrecht, das die Millionen der schaffenden Männer und Frauen nicht mehr zurückstößt und hindert, die Gesehe nach dem Willen und zum Wohle der Mehrheit des Volkes zu gestalten.

Parteilgenossen, denkt nicht zuletzt an den Wahlsonntag, die die Kriegskasse, die gefüllt sein muß, wenn alles getan werden soll, was dringend nötig ist. Der Kampf der Parteien gegeneinander ist mehr als je aufs heftigste entbrannt. Da kann und darf nicht gespart werden, wo die zehntausende der Wähler sehr gründlich zu unterrichten und aufzuklären sind. Das kostet Zeit und immer wieder Geld. Opfere deshalb jeder, was in euren Kräfte steht: der kleinste Betrag wird dankend angenommen. Und doppelt gibt, wer schnell gibt!

Parteilgenossen! Hüfet zur Parteifester, hüfet auch zur Landtagswahl. Wartet alles auf, um beide zu gewaltigen Kundgebungen der organisierten Arbeiter Breslaus zu gestalten.

Verbandsstag der Zivilmusiker.

Eine der jüngsten und mühsamsten Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung hat in diesen Tagen ihre Vertretung nach Breslau gesandt und als erste auswärtige Gäste werden die Delegierten des Verbandes der Zivilmusiker ihre Beratungen in unserem neuen Heim abhalten. Wie gesagt, es ist ein kleines Häuflein nur aus dem großen Heere der Organisationen, nämlich 2000 Mann und es, die sich aus diesem Berufe unter der Fahne der freien Gewerkschaften versammelt haben, aber diese 2000 zu gewinnen und zu halten, das kostet angesichts der Ver-

hältnisse im Berufe ebensoviele Mühe, als in der Industrie das Zehn- und Zwanzigfache zu erobern. Unzählige sind die Hindernisse, die sich einer Organisierung dieser Schichten in unserem Sinne entgegenstellen. Das ist die Konkurrenz und die Beeinflussung des Gewerbes durch die Militärfabriken, deren bevorzugte Stellung natürlich auch nach außen abstrahlt, das sind die pensionberechtigten Mitglieder der großen Orchester, aus öffentlichen Mitteln oder höflichen Privatschatullen gespeist, die sich durch auffälliges „Wohlverhalten“ vorwärts zu bringen versuchen, da ist Künstlerstolz und Eitelkeit, endlose Nacharbeit und Nebenbeschäftigung, die den Musiker von der ernstesten Beschäftigung mit seiner sozialen Lage zurückhält. So kam es erst 1901 zur Gründung des Verbandes der Zivilmusiker und in den ersten 12 Jahren seines Bestehens hat der junge Verband bei einer überaus reichlichen Fluktuation das zweite Tausend seiner Mitglieder überschritten. Es gereicht der Breslauer Mitgliedschaft zur Ehre, daß sie sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits an die vierte Stelle der Ortsvereine gesetzt hat, denn Berlin zählte am letzten Monatschluß 361, Hamburg-Altona 301, Dresden 236, Breslau und Leipzig je 157 Mitglieder, dem allerdings Bremen mit 155 auf dem Fuße folgt. Die übrigen 30 Mitgliedergruppen bleiben dagegen in weitem Abstände zurück. Nach dreijähriger Pause tritt heute der Verbandsstag als fünfter in der Reihe seiner Vorgänger zusammen und daß die Organisation hinfort rascher und geselliger als bisher ihre Kollegen jammeln möge, diesen Wunsch bringt die Breslauer Arbeiterschaft ihren Gästen zu den bevorstehenden Verhandlungen entgegen.

Den ersten Beratungen des Verbandsstages, die heute Dienstag beginnen, ging am Montag Abend ein Begrüßungsabend voraus, an dem die Breslauer Mitglieder des Verbandes ihre auswärtigen Kollegen mit den Gaben ihrer Kunst bewillkommneten. Zahlreiche Vorstandsmitglieder der Breslauer Partei- und Gewerkschaftsbewegung hatten sich dazu eingefunden, sodaß der große Saal eine ganz hübsche Belegung aufwies. Nachdem der „Einzugsmarsch der Gäste auf der Wartburg“ und die Leonoren-Ouvertüre Nr. 3, an deren Ausführung man die Fortschritte weiteren eifrigen Studiums merkte, verklungen waren, betrat Kollege Schumann die Bühne zu einer kurzen Begrüßungsansprache.

Er gab seiner Freude Ausdruck, daß es der Osten Deutschlands sei, nach welchem die Delegierten diesmal gezogen sind und der hoffentlich von den Beratungen am meisten Nutzen haben werde. Die Breslauer Verbändler freuten sich, daß ihr Verbandsstag als der erste im neuen Heim abgehalten werden könne. Der Redner warf einen Rückblick auf das Entstehen der Breslauer Ortsgruppe, zu der Genosse Richter den Anstoß gegeben und in deren ersten Versammlung Genosse Neukirch die Ziele der Organisation besprochen habe. 67 Mitglieder trafen damals bei, ihre Zahl ist in reichlich zwei Jahren auf das Dreifache gestiegen. In der Hoffnung, daß die bevorstehenden Beratungen zu neuen Erfolgen führen mögen, schließt Redner mit einem Hoch auf seinen Verband und die Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Im Namen der auswärtigen Delegierten ergreift sodann der Hauptkassierer des Verbandes, Kollege Blanschekski in Berlin das Wort, dankt für die freundliche Begrüßung und weist mit einigen Worten auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die der Organisierung der Berufskollegen im Wege stehen. Es gelte, auch die ausübenden Künstler in die Reihen der organisierten Arbeiter-

schaft einzuführen und dazu sollten die übrigen Gewerkschaften und die Vorstände der Arbeitervereine ihre hilfsreiche Hand leihen.

Namens des Breslauer Gewerkschaftsrates heißt Genosse Bernhard Richter die Delegierten willkommen. Er hofft, daß ihr Besuch unserer Stadt manches Vorurteil zerstreuen werde und daß die Delegierten an mancher Einzelheit erkennen werden, wie der Gedanke der Solidarität auch bei uns erwacht ist. Trotz Polizeistille und Paterfamiliasübermacht gehe es auch in Schlesien munter vorwärts und von diesen Fortschritten profitieren auch die Musiker, denn ohne die solidarisches Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft hätten die Musiker kaum den günstigeren Tarif durchgesetzt. Redner schließt ebenfalls mit den besten Wünschen für die Beratungen.

Nachdem noch einige wohlgelungene Musikstücke zum Vortrag gekommen waren, sang der Arbeitergesangsverein „Liederhorst“ mit gewohnter Präzision zwei Begrüßungslieder, die mit starkem Beifall aufgenommen wurden, trug auch zu der nachfolgenden Zibellias mit seinen Gaben reichlich bei. In vorgerückter Stunde war auch noch der Zentralvorstand, Genosse G. Fauth, eingetroffen und erfreute die Kollegen mit einer Ansprache, in der er seiner Genehmigung über den guten Besuch des Begrüßungsabends Ausdruck gab. Er wies auf die neuen Probleme hin, die im Anschluß an die Angelegten der Verhandlungen des Reichstags über die Frage der Zivil- und Militärmusiker und stellte es als ein schönes Ziel hin, neben die Ausübung mechanischer Fertigkeiten auch die Träger künstlerischer Begabung in das große Heer der freigeistigsten Arbeiter einzureihen.

Die Teilnehmer blieben noch eine ganze Weile irhellerer Unterhaltung beieinander — denn heute Dienstag Vormittag beginnen die ersten Beratungen, über die wir fortlaufend berichten.

Unfallverletzte, prüft Guts Rentenberechnung!

Wie notwendig das ist, zeigt wieder recht deutlich folgender Fall:

Ein jugendlicher Arbeiter hatte im Jahre 1909 im Alter von 14 1/2 Jahren die rechte Hand durch einen Unfall verloren. Er bezog hierfür von der Buchdruckerei-Berufsgenossenschaft, Sektion 1 Nordwest zu Hannover, eine Rente von 80 Prozent der Vollrente, 16 Mark monatlich. Der Vater des jungen Mannes wandte sich jetzt an die Genossenschaft mit der Bitte, die Rente zu erhöhen, da der Sohn doch jetzt älter und die Kosten für den Lebensunterhalt sehr gestiegen seien. Diese Bitte wurde selbstverständlich abgelehnt. In dem Bescheide wurde bemerkt, daß die Berufsgenossenschaft im Gegenteil schon längst hätte die Rente von 80 Prozent kürzen können, hieron aber lediglich wegen des geringen Geldbetrages abgesehen habe. Damit nicht zufrieden, wandte sich der Vater nun an ein Arbeitersekretariat. Dort wurde ihm der Bescheid zuteil, daß lediglich wegen des zunehmenden Alters eine Unfallrente nicht erhöht werden könne. Das ließe das Gesetz leider nicht zu. Dem Arbeitersekretär fiel es auf, daß eine Rente von 80 Prozent nur monatlich 16 Mark, also jährlich 192 Mark betragen sollte. Nach Einsicht in die Akten stellte sich folgende Rentenberechnung heraus:

Der Verletzte hatte täglich eine Mark Lohn. Und da er noch kein volles Jahr im Betriebe tätig war, hatte die Genossenschaft laut § 10, Absatz 3 des G. U. B. G.

Aus aller Welt.

Der gestohlene Straßenbahnwagen. In Petersburg haben zwei Gauner den Ruhm aller irgend nennenswerten Gauner in den Schatten gestellt; sie haben es, wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ erzählt, zuwege gebracht, monatlang in Petersburg eine Art Konkurrenz-Unternehmen der städtischen Straßenbahn zu betreiben. Die Sache war im Grunde höchst einfach. Die für das Unternehmen erforderliche Freiheit besaßen die Herren Gauner im umfangreichsten Maße. Das rollende Material besorgten sie sich von der Straßenbahn, indem sie einfach einen Straßenbahnwagen „entlehnten“. Die Uniform eines Wagenführers und eines Schaffners waren auch leicht zu beschaffen — also die Reise konnte beginnen. So tätigen die beiden mit dem gestohlenen Wagen, der merkwürdigerweise — merkwürdig aber vielleicht nur für nicht-russische Europäer! — gar nicht vermißt wurde, in der russischen Hauptstadt herum, machten ein Bombengeschäft und freuten sich ihres angenehmen Daseins. Dann der angenehmen Einrichtung, daß auf der Petersburger Straßenbahn sich monatlang kein Kontrolleur sehen läßt, waren sie auch der Sorge, daß man Einblick in ihr „Geschäft“ bekommen könnte, entbunden. Dieser Lage aber hat die beiden unternehmungslustigen Brüder dennoch das Geschick in Gestalt eines Revisors erreicht. Der Mann muß ein Neuling, ein Anfänger gewesen sein, der noch keinen Einblick in die Tiefen des Betriebsreglements gewonnen hatte und es mit den Dienstvorschriften lächerlich genau nahm. Da etwas nicht stimmte, verlangte er von dem Pseudo-Schaffner Rechenschaft. Doch der wußte sich zu helfen. Mit Hilfe seines Kompagnons fesselte er den neugierigen Revisor, und dann führten die beiden mit „ihrer“ Straßenbahn auf und davon. Draußen, vor dem Tor, liegen sie den Wagen stehen und lehrten dem Schauspiel ihrer Erfolge den Rücken.

Ein impetiginöser Arzt wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. In Frankfurt a. M. erkrankten im vorigen Frühjahr 10 bis 12 Personen an schwarzen Blattern. Die Schuld an diesen Erkrankungen wird von der Behörde dem prakt. Arzt Dr. med. Spöhr zugeschrieben, der Naturarzt und Impfungsexperte ist. Er übernahm im Frühjahr 1912 die Behandlung einer von auswärts zurückgekehrten Dame, die an Blattern erkrankt war. Hierbei zog er sich selbst die Krankheit zu. Er unterließ, sowohl von der Krankheit seiner Patientin, wie von seiner eigenen, Anzeige zu machen, wie es das Seuchengesetz verlangt. Nach seiner Genesung begab er sich ins Ausland. Bald aber erkrankten auch Angehörige seiner Familie und auch einige andere Personen an der Seuche. Hierdurch erfuhren die Behörden von den Krankheitsfällen. Als Erkrankte wurden schnell isoliert und geimpft. Eine ältere Frau ist der Seuche erlegen, die anderen Erkrankten

sind wieder genesen. Die Medizinalbehörde glaubt den Beweis dafür in Händen zu haben, daß alle Krankheitsfälle mit der Erkrankung des Dr. Spöhr in Verbindung stehen. Nach langer Voruntersuchung hat nunmehr die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen Dr. Spöhr Anklage wegen fahrlässiger Tötung in einem Falle, wegen mehrerer Fälle von fahrlässiger Körperverletzung und wegen Vergehens gegen das Seuchengesetz erhoben. Der Ausgang des Prozesses wird für die Bestrebungen der Gegner der Zwangsimpfung nicht ohne Bedeutung sein.

Zusammenstoß eines Zirkus. Aus Witry sur Seine wird gemeldet, daß dort ein Zirkus infolge Nachgebens der Holzrücken zusammengebrochen ist. Mehr als dreihundert Personen, die der Vorstellung beiwohnten, fielen über zehn Meter in die Tiefe. 20 Personen erlitten schwere Verletzungen.

Ein 72-jähriger im Gefängnis. Der Tischler Karl Heinrich Kiepling aus Wildbrunn, ein Mann von 72 Jahren, wurde vom Landgericht in Dresden wegen Urkundenfälschung und Rückfallbetrug zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte die Unterschrift auf einem Krankenscheine gefälscht, um Krankengeld zu erlangen.

Auf ein Jahr einen Kreis ins Gefängnis faden, weil er sich die paar Mark Krankengeld verschaffen wollte, das ist ein Urteil, das wohl wenige verstehen werden.

Bergmanns Ende. Auf der Seche „Carolinengrube“ bei Bochum, wurde der Bergmann Rambach aus Wattenstein, der im Schachtgrube mit Aufbaumarbeiten beschäftigt war, von dem niederbegehenden Förderkorb vollständig zerquetscht. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Flieger-Abflug. Der französische Offiziersflieger Deslaurmont ist in Villa Coublay, südlich von Paris, am Montag aus einer Höhe von ungefähr hundert Metern abgestürzt. Die Verletzungen, die er sich hierbei holte, sind unbedingt tödlich.

Ein verhöllener Ballon. Am Sonntag vormittag flog in Kassel der kleine Kugelballon „Nixe“ mit dem Kaufmann Weyland als einzigen Insassen auf. Das Wetter war günstig und der Ballon zog ruhig nach Nordosten. Seit der Zeit ist nun jede Kunde und jede Nachricht von dem Ballon und seinem Insassen verloren gegangen, auch ist nirgends von der Landung der „Nixe“ etwas bekannt geworden. Der Kaufmann Weyland wollte mit dieser Fahrt seine Prüfung als Ballonführer abgeben. Trotz der eifrigsten Nachfragen bei allen etwa in Betracht kommenden Stationen ist es bisher nicht gelungen, eine Kunde von dem Ballon zu erhalten. Man kann sich in Pilotenkreisen das räthselhafte Verschwinden dieses Ballons nicht erklären, zumal doch aller Voraussicht nach der Ballon innerhalb der deutschen Reichsgrenzen niedergegangen sein muß.

Das große Los. Ein Schlosser in Leipzig, der irrthümlich glaubte, daß seine Lotterielosnummer mit dem großen

Loos gezogen worden wäre, verbrachte aus Freude und in der Erwartung des übergroßen Gewinnes all sein mühselig erwirtetes Geld. Als seine sämtlichen Ersparnisse im Kreise guter Freunde verpraßt waren, wollte er den großen Gewinn einlösen. Da erfuhr er zu seinem größten Entsetzen, daß seine Losnummer überhaupt nicht gezogen worden war. Darüber wurde er irrsinnig und mußte in eine Irrenanstalt gebracht werden.

Ein blutiger Kampf. Als der Schuttmann Spird in Gelsenkirchen in eine blutige Schlägerei mit Militärurlaubern aus Meisel und Jülich eingriff und den Streit zu schlichten versuchte, wurde er von einem polnischen Bergmann durch zwei wuchtig geführte Messerhiebe in die Nierengegend lebensgefährlich verletzt. Herbeieilende Schuttmänner mußten von ihren Waffen Gebrauch machen und verletzten den Messerhelden so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Eine Reihe von Verhaftungen wegen Landfriedensbruchs wurden vorgenommen.

Kleine Notizen.

— Verbesserung des Diphtherieserums? Ueber ein neues von Behring hergestelltes Serum gegen Diphtherie wurde auf dem Wiesbadener Kongreß für innere Medizin berichtet. Das bisherige Verfahren zur Erzielung der passiven Immunität hat den Nachteil, daß der erzielte Schutz schon nach wenigen Wochen zu Ende geht und bei wiederholten Injektionen die Gefahr der Listerienempfindlichkeit feststeht. Beide Nachteile sollen durch das neue Verfahren vermieden werden.

— Südamerikanische Forschungsreise. Der Freiburger Privatdozent Koch-Grünberg hat seine Reise zur Erforschung brasilianisch-venezuelanischer Grenzgebiete zum Abschluß gebracht und kehrt heim. Sie führte zu bemerkenswerten geographischen und völkerrkundlichen Ergebnissen. Der Forscher hatte mancherlei Schwierigkeiten mit Indianern von primitiver Kultur, die ohne feste Wohnsitze waren, in Gorden umherschweiften und nie bisher einen Weißen sahen.

— Der letzte Wagen. Aus dem hannoverschen Anzeiger frisch der „Simplissimus“ folgende nachschmerzliche Verordnung auf: Bei der zunehmenden Geschwindigkeit der Eisenbahnzüge hat man die Bemerkung gemacht, daß besonders der letzte Wagen der Züge stets ein sehr unangenehmes Schwanken und Stößen zeigt. Besonders hat sich dieser Unbehagen im Gefährtsverkehr gemacht auf der Strecke Hannover-Cassel, wo der Schienenstrang den vielen Windungen des Flusses folgen muß. Das Ministerium hat deshalb verfügt, daß der letzte Wagen nicht mehr anzuhängen ist.

den Lohn gleichartiger Arbeiter mit 1,20 Mark täglich der Berechnung zu Grunde gelegt. Sie hatte berechnet: 1,20 Mark mal 300 Arbeitstage gleich 360 Mark Jahresarbeitsverdienst. Die Vollrente davon (66 2/3 Prozent) beträgt 240 Mark jährlich, eine Teilrente von 80 Prozent also 192 Mark jährlich oder 16 Mark monatlich. Die Sache stimmte anscheinend, und der Vater war mit der Berechnung auch zufrieden, denn Berufung hatte er im Jahre 1909 nicht eingeleitet; der Bescheid und somit die Berechnung waren rechtskräftig geworden.

Die Genossenschaft hatte jedoch den Absatz 4 des § 10 G. U. V. G. nicht beachtet, wonach bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in allen Fällen mindestens der ortsübliche Tagelohn einer seiner Arbeiter angenommen werden muß. Dieser Tagelohn betrug nun im Jahre 1909 im Wohnort des Verletzten 2,50 Mark, also pro Jahr 750 Mark. Hiernach gestaltete sich die Berechnung: Jahresverdienst 750 Mark, Vollrente 500 Mark, 80 Prozent gleich 400 Mark jährlich, oder 33,35 Mark monatlich. Der Vermie hatte also seit dem 29. April 1909 monatlich 17,35 Mark zu wenig erhalten.

Da unter der Herrschaft des alten Gesetzes auf dem Klagewege eine richtigere Berechnung nicht herbeigeführt werden konnte, so wartete der Arbeitersekretär den 1. Januar 1913 (wo das dritte Buch der R. V. O. in Kraft trat) ab und machte die Genossenschaft auf den Fehler aufmerksam. Er forderte sie auf, sofort die Rente richtig zu berechnen, da sonst auf Grund des soeben in Kraft getretenen § 1585 der R. V. O. Klage eingereicht würde. Nach kurzer Zeit kam der Bescheid, daß dem Antrag entsprochen worden sei. Vom 1. Januar 1913 ab sollen dem Verletzten 33,35 Mark monatlich gezahlt werden. Den fehlenden Betrag für die Zeit vom 29. April 1909 bis 31. Dezember 1912 von 778,07 Mark zu zahlen, lehnte die Berufsgenossenschaft jedoch ab. Es hieß in dem Bescheide: „Eine Nachzahlung der Rente kann nicht stattfinden, da solche nach § 611 der R. V. O. nur für die Zeit nach Anmeldung des Anspruchs verlangt werden kann.“ Der Arbeitersekretär machte nun den Vorwand auf die Gründe und die Erklärung des Ministers bei den Kommissionsberatungen aufmerksam, wonach es den Genossenschaften freistehende, in geeigneten Fällen Nachzahlungen zu leisten. Leider vergeblich!

Darauf wandte sich der Arbeitersekretär mit einer Beschwerde an das Reichs-Versicherungsammt und bat, die Aufsichtsbefugnisse zu Gunsten des Verletzten geltend zu machen.

Die Antwort dieser Behörde an den Verletzten steht noch aus, die Akten sind noch nicht zurüch, von der Berufsgenossenschaft aber ging schon folgendes Schreiben ein:

„In der Unfallsache des Arbeiters M. B. in D. haben wir am 4. d. Mts. stattgehabten Sitzung des hiesigen Sektionsvorstandes nach eingehender Besprechung der Sachlage beschlossen, unter Berücksichtigung der sozialen Bedeutung der Unfallversicherung, unserer Befugnisse vom 27. Januar d. J., mit welchem wir die Rente unter Zugrundelegung des ortsüblichen Tagelohnes von 2,50 Mark vom 1. Januar d. J. auf 33,35 Mark erhöhen, dahin zu erweitern, daß die Nachzahlung der seit dem 29. April 1909 nach Zugrundelegung des ortsüblichen Tagelohnes zu wenig gezahlten Rente vom Beginn der Rentezahlung an stattfinden solle, obgleich das formale Recht für unsere Bescheid vom 27. Januar d. J. vorliegt. Wir haben die Post mit Anweisung versehen, dem Vater des minderjährigen Verletzten für die Zeit vom 29. April 1909 bis Ende Dezember 1912 einen Differenzbetrag von 778,07 Mark auszus zahlen.“

Wunder muß man sich lediglich, weshalb die Genossenschaft die soziale Bedeutung der Unfallversicherung nicht erkennen wollte, als sie vom Arbeitersekretär darauf aufmerksam gemacht wurde. Sollte etwa das Reichs-Versicherungsammt in diesem Falle sehr rasch gearbeitet haben?

Die freie Arztwahl und die Allgemeine Ortskrankenkasse.

Am Sonntag hielt die Allgemeine Ortskrankenkasse im Unionshalle ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Polizeihauptmeister Andres, gab den Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1912. Danach haben sich die Kassenvorstände sehr günstig verhalten. Die Gesamteinnahmen betragen 697.847 M., die Ausgaben 614.915 M. Als Betriebsfonds verblieben der Kasse 82.431 M., dem Reservefonds konnten 86.000 M. zugeführt werden, so daß er 357.244 M. erreicht hat. Das Vermögen der Kasse betrug am Schlusse des Berichtsjahres 439.675 M. Dem Kassierer und dem Kassenerkrankten wurde Entlastung erteilt.

Darauf teilte der Vorsitzende mit, daß mit dem Bau des Verwaltungsgebäudes der Allgemeinen Ortskrankenkasse begonnen worden ist. Die Ausführung des Baus ist dem Architekten E. Demann übertragen worden. Ferner wurde bekannt gegeben, daß der Vorstand bei der Landesversicherung Schlesien den Antrag auf Übernahme einer Hypothek von 200.000 Mark gestellt hat. Die Anzahlung ist auch bereit, das Geld zu einem Zinssfuß von 4 1/2 Prozent zu geben, doch müsse die Generalversammlung darüber beschließen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Hypothek aufzunehmen.

Dann beschäftigte man sich mit der freien Arztwahl. Das Vorstandsmitglied W. Scholl hatte hierüber den einleitenden Bericht übernommen. Er führte aus, es sei den Kassenvorständen nicht unbekannt, daß der Leipziger Vereinigung die freie Arztwahl einzufließen. Die Beschlüsse der Vereinigung beweisen das in vollstem Maße. Zum weitläufigen größten Teile sei es den Kassen-Organsiationen gelungen, in den verschiedenen Landesteilen die freie Arztwahl durchzuführen. Die Ärzte klagen über zu geringe Einkommen, abgesehen die Arztvergütungen bis zum dreifachen Betrage gestiegen sind. Durch die freie Arztwahl würden sich die Ausgaben der Kassen ins Unermessliche vermehren. Die Münchener Ortskrankenkasse, die 190.000 Mitglieder zählt, hatte nach Einführung der Arztwahl eine Mehrausgabe von 1 Million Mark bei derselben Mitgliederzahl. Wenn man es auch den Ärzten nicht verzeihen will, sich höhere Einkünfte zu sichern, so müßten sich die Kassen doch verpflichtet halten, den Kassennützlichen ihre bisherigen Leistungen zu sichern. Daß die Ärzte ihr Ungemessenes auf Kassen gerichtet, gehe aus den Kassenberichten klar hervor, die die Kassenvorstände mit den Ärzten gehabt haben. Weitere Beschlüsse mit den Ärzten werden nicht abgeschlossen. Die Breslauer Krankenkassen seien sich in der Angelegenheit einig, daß sie sich gegen das Vorgehen der Vereinigung zur Wehr setzen müssen. Demgegenüber sei vor allem nötig, die Beziehungen darüber anzuklären, welche ungewisse Verantwortung die freie Arztwahl der Kassen bringen würde. Die Kassen in der Versammlung stimmten dem Bescheid zu.

Ein Auge ausge schlagen.

Wegen schwerer Körperverletzung wurde der 32 jährige Chemiker und frühere Referendarius Hugo Kania vorgeführt, der in der Nacht zum 9. Dezember 1908 dem Berginspektor Bäumer mit einem Stein das linke Auge ausge schlagen hat. In jener Nacht hatte der Angeklagte mit seiner Braut verschiedene Bier- und Weinlokale besucht. Gegen Morgen kamen sie ins Weinhaus Union, wo Bäumer im Kreise einiger Kameraden an einem Tisch saß. Während nun Kania mit dem Mädchen einige Stücke tanzte, soll Bäumer zu seinem Nachbarn, einem Affektor, gegen Kania bemerkt haben: „Der Kerl bestimmt sich wie ein Züßler und seine Braut wie eine“ Als der Angeklagte wieder an seinem Tisch Platz nahm, wurde ihm die Aufregung von einem Bekannten mitgeteilt. Er erhob sich sofort, ging auf den Berginspektor zu und stellte ihn wegen der Beleidigung im Lokal zur Rede. Dieser erklärte, die Beleidigung habe nicht ihm gegolten, worauf der Angeklagte sagte: „Sie Lump und Schwein, Sie sind mir ja garnicht satzungsfähig (d. h. unwillfährig); ich werde Ihnen die Frechheit antun.“ Als sich Bäumer eine halbe Stunde später zum Verlassen des Lokals anschickte, folgte ihm Kania bis auf die Straße und fragte ihn nochmals, ob er ihm abtöten wolle. Nachdem der Berginspektor erklärt hatte: „Ich habe Sie nicht gemeint und habe nichts abtöten, erhob Kania seinen Spazierstock zu einem Schlag, der Bäumer das rechte Auge kostete. Der Verletzte trug einen Klemmer und ein Splitter des Glases mag wohl in das Auge eingebunden sein. Heute trägt Bäumer ein künstliches Auge.

Als der Angeklagte feinerzeit merkte, daß ein Verfahren wegen schwerer Körperverletzung gegen ihn eingeleitet wird, zog er sich vor, in Begleitung seiner Braut nach Paris abzureisen. In der Wohnung, dadurch für immer den strafrechtlichen Folgen seiner rohen Tat entzogen zu bleiben. Da er das Gymnasium bis zur Oberprima besucht hat und geläufig französisch sprechen und schreiben kann, fiel es ihm nicht schwer, sich in Frankreich als Journalist und Schriftsteller ein Fortkommen zu schaffen. Mit einigen größeren deutschen Tageszeitungen stand er von Paris aus in geschäftlicher Verbindung und schickte ihnen verschiedene Beiträge. Gleich nach seinem Verschwinden aus Breslau erließ der hiesige erste Staatsanwalt hinter Kania einen Steckbrief und Haftbefehl. Fast vier Jahre verstrichen seitdem, ohne daß die Behörden eine Spur des Flüchtlings entdecken konnten. Vor vier Monaten bekam aber die Staatsanwaltschaft durch einen Brief, den der Angeklagte aus Paris an eine hier wohnende Verwandte geschrieben hatte, doch Kenntnis von seinem Aufenthalt. Durch das Auswärtige Amt wurden im stillen Verhandlungen mit den Pariser Behörden gepflogen, die auch zur Verhaftung Kantias in Frankreich führten. Er wurde nun nach Breslau geschickt und angeklagt. Der Vorstehende stellte aus den Akten fest, daß der Angeklagte schon zwei Mal wegen Quälvergehens zusammen mit 7 Monaten Festungshaft vom Oberkriegsgericht der hiesigen Division bestraft worden ist. In einem Falle hat er einen Einladungen im Duell in die Ohnmacht geschlagen. Zwei hiesige Sachverständige erklärten dem Angeklagten als einen erblich belasteten neurotischen und leicht reizbaren Menschen. Wie schon erwähnt, war Kania bis zum Jahre 1906, wo er seinen Abschied einreichte Referendarius. Sein Verteidiger Justizrat W. M. Roth beantragte die Freisprechung, da sich der Angeklagte infolge seiner Besorgnis in einem Zustande bei der Tat befand, der seine freie Willensbestimmung beeinträchtigt habe, so daß er nicht wußte, was er tat. Gehört auf die Gutachten der Sachverständigen wandte sich Staatsanwalt Krüger gegen diesen Antrag des Verteidigers. Er wollte den Angeklagten unter Verlegung mildernder Umstände mit zwei Jahren Gefängnis bestrafen. Kania betonte in seinem Schlusswort, wenn er das Gefängnis verlassen werde, sei seine ganze zu Hoffnungen berechtigte Laufbahn völlig vernichtet. Das Gericht konnte sich dieser Ermüdung nicht ganz beschließen und erkannte auf acht Monate Gefängnis, wovon zwei Monate als verbüßt gelten. Auch über den von Angeklagten gestellten Haftentlassungsantrag machte sich der Richter fürchtend. Gegen eine Sicherheit von 20.000 Mark kann Kania aus der Untersuchungsanstalt entlassen werden. Wie wir hören, wird dieser hohe Betrag von den vermögenden Verwandten des Angeklagten in der Gerichtskasse hinterlegt werden.

Volkskonzert. Am Sonntag Nachmittag fand im dichtgefüllten Saale des Gewerbeparkhauses ein von der Arbeiter-Sängervereinigung veranstaltetes Volkskonzert statt, dessen Leitung der Bundesdirigent Herr Max Vogel hatte. Die Sänger hatten sich keine geringen Ziele gesteckt: Ehre von Bruch, Uthmann, Düttner usw. erfordern große Eingabe seitens der Zuhörer, denn die Harmonien sind manchmal recht verzwickelt und sind daher in Bezug auf reine Intonation und Tonhalten voller Forderungen, denen selbst routinierte Gesangsvereine nicht immer genügt auszuweichen vermögen. Manchmal ist es die Unachtsamkeit eines einzelnen Mitgliedes, welches die gefährliche Situation verursacht. Im allgemeinen wurde ziemlich rein intoniert, wenn auch häufig heruntergezogen wurde; nur der erste Unterbezirk leistete sich recht seltsame Akkorde, die mühsamer nur eine ganz entfernte Ähnlichkeit mit der Notenvorlage aufwiesen. Was aber in den beiden Chören „Das Rhein“ von Max Bruch und „Herbstnacht“ von Weingärtner schwer ins Gewicht fiel und den Teilnehmenden um seinen Erfolg brachte, das war die auffallende Verlangsamung der Zeitmäße. Und zwar wurden diese beiden Gesangsstücke schon so langsam — entgegen den ausdrücklichen metronomischen Vorschriften der Autoren — begonnen, daß die im Verlaufe vom Verfasser gewünschten Akkorde wie Tauergeränge wirkten und sich garabzu langwierig ausnahmen. Es kann natürlich keinem Dirigenten eine Zwangsjade angelegt werden; eine persönliche Auffassung muß schließlich jedem Chorleiter zugestanden sein, aber in erster Reihe sind dann feste Angaben des Komponisten ebenfalls zu befolgen. Ebenso ist es mit den Lauff- und Kampfpunkten, die häufig mit Klampfen verwechselt werden; an falscher Stelle angebracht, bringen sie manchmal alles andere, nur nicht die gewünschte Wirkung hervor. Als einziges Beispiel will ich nur die Stelle aus „Münchener Sonnenchein“ erwähnen: „Lasset vom Kampf nicht, ihr Säger und Streiter“. Diese wurde ohne jeden erheblichen Grund halbiert; welche Wirkung müßte sie ausüben, wenn sie in einem Zuge hinausgeschmettert worden wäre! Ausgesprochen gelang „Lied Heil“, ein im Chorritsch schwer zu treffender Chor und das prachtvolle „Heilige Feuer“ mit einer äußerst wirksamen Orgelbegleitung. Einen Sturm von Applaus erweckte das virtuose abgelesene „Wald ru“. Ganz vorzügliches leisteten wiederum die Frauenchöre, in denen ein wertvolles Material steckt. Die Chöre waren von Orchesterstücken umrahmt, die unter Leitung des Herrn Küßler mit geschönter Feinheit und Präzision ausgeführt wurden. Die bekannte Serenade für Waldhorn und Hörn von Litz — nicht Litz, wie auf dem Programm stand; ebenso mußte es Gammeh heißen und nicht Zumberg — löste solchen Beifall aus, daß Herr Küßler die „Mähe“ von Ohnesorg zugab. Dieses Stück hätte allerdings ganz gut noch eine Probe getragen.

Welt und Wissen. Die heutige Nummer enthält eine Beilage über die sehr reich mit Bildern versehene Hochschrist „Welt und Wissen“. Ein 24 Seiten starkes Heft kostet nur 15 Pf. Wir machen auf diese lehrreiche und billige Zeitschrift besonders aufmerksam.

Best und Wissen. Die heutige Nummer enthält eine Beilage über die sehr reich mit Bildern versehene Hochschrist „Welt und Wissen“. Ein 24 Seiten starkes Heft kostet nur 15 Pf. Wir machen auf diese lehrreiche und billige Zeitschrift besonders aufmerksam.

Best und Wissen. Die heutige Nummer enthält eine Beilage über die sehr reich mit Bildern versehene Hochschrist „Welt und Wissen“. Ein 24 Seiten starkes Heft kostet nur 15 Pf. Wir machen auf diese lehrreiche und billige Zeitschrift besonders aufmerksam.

Best und Wissen. Die heutige Nummer enthält eine Beilage über die sehr reich mit Bildern versehene Hochschrist „Welt und Wissen“. Ein 24 Seiten starkes Heft kostet nur 15 Pf. Wir machen auf diese lehrreiche und billige Zeitschrift besonders aufmerksam.

Gabelbeischfeld, daß es große Mühe kostete, das Tier wieder auf die Weine zu bringen, ohne daß es größeren Schaden erleiden sollte. Auch der Motorwagen des Straßenbahnhanges wurde in seinem vorderen Teile beschädigt.

Diebstahl. Von einem Omnibus, der vor dem Hause Frankfurterstraße 150 stand, ist am Sonnabend ein Kasten gestohlen worden, der zwei neue Jünglingsanzüge und 6 Pfund Butter enthielt. — Aus einem Grundstück auf der Rosenstraße sind in der Nacht zum Sonnabend zwei Kleinfanfanten gestohlen worden. — Einem Kaufmann ist am Sonntag auf dem Hauptbahnhof ein Koffer mit verschiedenen Wäschestücken und einer goldenen Uhr gestohlen worden.

Ermittelte Semmelbrot. Bereits seit Dezember 1912 sind aus dem Grundstück Kreuzburgerstraße 22 die morgens an den Türen hängenden Semmelbeutel ihres Inhalts beraubt oder ganz gestohlen worden. Das dauerte fast vier Monate. Jetzt ist der Spihube ermittelt worden. Da angenommen ist, daß er auch noch in anderen Häusern seine Ernte gehalten hat, so werden alle Beschädigten ersucht, sich im Sommer 57 des Polizeipräsidiums zu melden.

Einbruchdiebstahl. In eine verschlossene Wohnung des Hauses Neuborsstraße 95 ist ein Dieb eingebrochen und hat aus dem Vertikow einen Zwillingsmesser gestohlen.

Ermittelte. In der unbekannt männlichen Leiche, die Sonntag früh an der Höningmühle aus der Oder gelandet worden ist, ist der als vermisst gemeldete Arbeiter Karl Poffmann, früher Köchler, erkannt worden.

Flüchtig geworden. Ist der Sauerbische eines Wedermeisters von der Opatzstraße, der für seinen Brotherrn Gelder eingehen sollte. Nachdem er dies getan, ist er nicht mehr zurückgekehrt und verschwunden.

Einbruch in eine Wand. In der Nacht zum Montag sind Diebe in die Wand der Breslauer Wand in Leerbeutel eingebrochen und haben dort alle Vorräte gewaltsam geöffnet. Es wurden aber nur Verbandstoffe da, die sie wahrscheinlich in der Hoffnung erbrachen, Wertgegenstände darin zu finden. Sie konnten nur einen Posten und eine dunkle gestreifte Hose mitnehmen. Die Einbrecher haben allem Anschein nach in der Wand geächtelt.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Die Junger und ihre zweibeinigen Arbeitstiere. Wir lesen in der agrarischen Schlesienschen Zeitung: Die Zufuhr ausländischer Arbeiter hat sich nicht so erfreulich weiterentwickelt, wie nach dem letzten Bericht der deutschen Arbeiter-Zentrale anzunehmen war. Schon im März ließ der Andrang nach Ostern nach, und wenn auch in den ersten Tagen nach Ostern die Zuwanderung noch einmal zunahm, so genügte dies für den Bedarf in keiner Weise. An der österreichischen Grenze hatte die Aufhebung des Auswanderungsverbotes nur kurze Zeit Einfluß, aber die Zuwanderung stante gegen Ende des Monats bedeutend ab, um dann fast ganz auszuführen. So stand einer bedeutenden Nachfrage nach landwirtschaftlicher Arbeiter ein einigermassen genügender Angebot nicht gegenüber. Hunderte von Aufsehern belagerten die Grenzübergänge und suchten durch gegenseitiges Uebervorteilen der Löhne die ankommenden Arbeiter für sich zu gewinnen. Es wurden nicht selten 20 bis 40 Pfennige höhere Tageslöhne als in früheren Jahren geboten. Trotzdem blieben viele Aufseher und Vorhändler ohne Leute. Die Zahl der den landwirtschaftlichen Betrieben am Ende des Berichtsjahres noch fehlenden Arbeitskräfte dürfte unter diesen Umständen nicht unbedeutend sein.

Im Gegenatz zu ihrem letzten Monatsbericht ist die Arbeiter-Zentrale durch die Enttäufung nun recht pessimistisch gestimmt.

Börsenrat. Döffentliche Versammlung. Am Montag, den 21. April, tagte bei Knappe eine öffentliche Versammlung. Trotz der in großer Menge ergangenen Einladungen war der Besuch ein mäßiger. Genosse Datz behandelte in seiner Rede das politische Leben im allgemeinen und wie ungeheuer die neue Dreiervorlage wirken müßte. Der Vorsitzende macht auf die am Montag, den 23. April, stattfindende Frauenversammlung aufmerksam. Der Wunsch, daß jeder organisierte Arbeiter in die Genossenschaft eintreten müßte, fand allgemeinen Beifall.

Börsenrat. Döffentliche Versammlung. Am Montag, den 21. April, tagte bei Knappe eine öffentliche Versammlung. Trotz der in großer Menge ergangenen Einladungen war der Besuch ein mäßiger. Genosse Datz behandelte in seiner Rede das politische Leben im allgemeinen und wie ungeheuer die neue Dreiervorlage wirken müßte. Der Vorsitzende macht auf die am Montag, den 23. April, stattfindende Frauenversammlung aufmerksam. Der Wunsch, daß jeder organisierte Arbeiter in die Genossenschaft eintreten müßte, fand allgemeinen Beifall.

Börsenrat. Döffentliche Versammlung. Am Montag, den 21. April, tagte bei Knappe eine öffentliche Versammlung. Trotz der in großer Menge ergangenen Einladungen war der Besuch ein mäßiger. Genosse Datz behandelte in seiner Rede das politische Leben im allgemeinen und wie ungeheuer die neue Dreiervorlage wirken müßte. Der Vorsitzende macht auf die am Montag, den 23. April, stattfindende Frauenversammlung aufmerksam. Der Wunsch, daß jeder organisierte Arbeiter in die Genossenschaft eintreten müßte, fand allgemeinen Beifall.

Börsenrat. Döffentliche Versammlung. Am Montag, den 21. April, tagte bei Knappe eine öffentliche Versammlung. Trotz der in großer Menge ergangenen Einladungen war der Besuch ein mäßiger. Genosse Datz behandelte in seiner Rede das politische Leben im allgemeinen und wie ungeheuer die neue Dreiervorlage wirken müßte. Der Vorsitzende macht auf die am Montag, den 23. April, stattfindende Frauenversammlung aufmerksam. Der Wunsch, daß jeder organisierte Arbeiter in die Genossenschaft eintreten müßte, fand allgemeinen Beifall.

Börsenrat. Döffentliche Versammlung. Am Montag, den 21. April, tagte bei Knappe eine öffentliche Versammlung. Trotz der in großer Menge ergangenen Einladungen war der Besuch ein mäßiger. Genosse Datz behandelte in seiner Rede das politische Leben im allgemeinen und wie ungeheuer die neue Dreiervorlage wirken müßte. Der Vorsitzende macht auf die am Montag, den 23. April, stattfindende Frauenversammlung aufmerksam. Der Wunsch, daß jeder organisierte Arbeiter in die Genossenschaft eintreten müßte, fand allgemeinen Beifall.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Konferenz der schlesischen Textilarbeiterinnen.

Im Gewerkschaftshause tagte am Sonntag der schlesische Gantag der freigestellten Textilarbeiterinnen. Die Sekretärin Genossin Hoppe-Vollmer hielt einen Vortrag über die Ursachen und Wirkung der Frauenarbeit. Nachdem die Vortragende ausführlich geschildert hatte, wie der Kapitalismus die Frauen zwingt, in die Fabriken zu gehen, um mitzuverdiene, da der Verdienst des Mannes bei der Leuerung aller Lebensmittel zum Lebensunterhalt nicht ausreicht, verbreitete sie sich in großen Zügen über die Verhältnisse in der Textilindustrie. Nach einwandsfreiem statistischem Material ist die Zahl der Arbeiterinnen ständig im Steigen begriffen; die Steigerung werde auch anhalten, denn noch immer höre man Klagen über Arbeiterinnenmangel in der Textilbranche. Dies geschähe aber keineswegs deshalb, um die kostbare weibliche Arbeitskraft zu schonen oder um besser die gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen einzuhalten, sondern ausschließlich, um mehr Profit herauszuschlagen.

Die Ueberzeitarbeit ist geradezu zu einem Unfug geworden. In keinem anderen Beruf müssen die Frauen soviel Ueberstunden leisten, als gerade in der Textilindustrie, da wird die Arbeitskraft aufs äußerste angepannt und ausbeutet. Die Gewerbeaufsichtsbeamten führen in ihrem Bericht genau an, wie viele Ueberstunden gearbeitet werden müssen. Die Rednerin führte dazu Beispiele an. Am schwersten trifft die Ueberzeitarbeit an Sonnabenden. Gerade an diesen Tagen haben die Frauen das Bedürfnis, frühzeitig in ihre Häuslichkeit zu kommen, denn da gebe es gar viel zu tun; darnach fragt aber der Kapitalist nicht.

Bei der überaus langen und anstrengenden Arbeit sei es kein Wunder, wenn sich die Unfälle häufen. Die Textil-Berufsgenossenschaft führt 27 006 Unfälle an, erwachsene und jugendliche weibliche Arbeiter sind zu einer erheblichen Ziffer beteiligt. Die niedrigere Ziffer in den Webereien und Webereien, als darüber noch ein Wort zu verlieren wäre. Die Rednerin berührte im Verlaufe ihrer Ausführungen das Kapitel des Geburtenrückganges. Es müsse für jedermann klar sein, daß die soziale Lage der Frauen mit dieser Frage eng verknüpft ist. Unter der schweren Last, die der Arbeiterfrau aufgebürdet wird, leidet die Fürsorge für die Familie; anstatt Mittel für Militärgewerke auszugeben, sollte man lieber Mittel gewähren zum Schutze der Säuglinge und Mütter. Von unten muß die Volkstakt gesund, das aber kann nur dann geschehen, wenn der Mutterchutz nicht Wohlthätigkeitsvereine überlassen würde, sondern wenn der Staat das seinige tut, was seine Pflicht. In der Arbeiterkassette sei das Verantwortlichste erwacht; die Arbeiter wollen nicht mehr Kinder haben, als sie zu ernähren im Stande sind. So lange der Staat seine Schuldigkeit nicht erfüllt, die traurige Lage der wirtschaftlich Schwachen und wehlosen Frau zu heben, könne der Staat auch nicht verlangen, daß die armen Mütter mehr Soldaten schaffen sollen.

Die Frauen müssen sich immer mehr zusammenschließen; der Textilarbeiterverband zählte bereits 55,000 Mitglieder, in Anbetracht der großen Zahl der in der Textilindustrie Beschäftigten stehen noch gar viele Frauen der Organisation fern, eine lebhaftere Agitation müsse einleiten, um die Gleichgültigen aufzuklären. Die Frauenkonferenzen haben schon viele Erfolge gezeitigt, da hören die Arbeiterinnen was uns Not tut. Wir verlangen ein gesetzliches Verbot der Ueberstunden, die Hausfrau müsse ihre Mutterpflichten erfüllen dürfen. Wir verlangen weiter die Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbereamen, insbesondere Vernehmung der weiblichen Beamten, Hinzuziehung von Arbeiterinnen und Arbeiterinnen zur Gewerbeinspektion. Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Betriebe in der Textilindustrie. Wenn wir Arbeiterinnen fest zusammenschließen, dann wird man uns die Rechte zustehen müssen, die uns zukommen. Der Vortragende wurde reichlich Beifall zuteil. Die Aussprache war eine sehr rege; alle Delegierten beteiligten sich daran. Wie ein Notruf klang es aus den Reihen der Frauen über die lange Arbeitszeit. Wenn wir wenigstens den Sonnabend-Nachmittag frei hätten, um unsere Häuslichkeit zu besorgen, wo wir sonst zu tun haben. Über die Arbeitgeber wollten keine Stunde freigegeben. Zu den niedrigen Löhnen von 7-8 Mk. die Woche, 12 Mk. ist schon ein hoher Lohn, müssen wir bis zum späten Abend arbeiten. In einer Weberei, erzählte eine Frau, werden die schweren Weblöcke, weil sie den Frauen zu schwer sind, von Männern in den Lagerraum getragen, dafür werden für Pfennig pro Stück vom Lohn abgezogen. Ist das nicht himmelschreiend! Die Agitation, sagten fast alle, wird durch die Geistesfreiheit erschwert. Es werden Lesabende für die Mädchen veranstaltet, um sie vom Verbanne fernzuhalten. Eine Frau, die ihre Kinder im Kinderheim untergebracht hatte, mußte sie wieder herausnehmen. Die Frau war Streikleiterin, und da erklärte die Oberin: Sie sind ja eine gefährliche Sozialistin, ihre Kinder behalten wir nicht da.

In einem Schlußworte forderte Genossin Hoppe die Kolleginnen auf, fortwährend unbekümmert um alle Hindernisse für den Textilarbeiterverband zu wirken.

Achtung, Metallarbeiter! In der Baufloßerei von Pellmann in Breslau, Niedergasse 2, haben heute Dienstag alle Schlosser die Arbeit eingestellt, weil die tariflichen Löhne nicht gezahlt werden. Näherer Bericht folgt.

Wegen tariflicher Differenzen und wegen der Zumutung, einen Kewers zu unterschreiben, ist die Sperrre über alle Arbeiten des Baugewerks in Lager in Hundsfeld verhängt worden. Mögen alle Zimmerer dies streng beachten und Zugzug vermeiden. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich und Ausland.

Die östlichen Verhandlungen im Baugewerbe. In der letzten Woche der für die östlichen Verhandlungen festgesetzten Frist ist bis zum 18. April in noch über 100 Tarifgebieten verhandelt worden. In den meisten Fällen ist es zu einer Einigung nicht gekommen, weil, wie schon in den vorausgegangenen Verhandlungen, die Unternehmer gar kein Angebot machten oder doch ein so geringes, daß damit ein Tarifvertrag nicht zustande zu bringen ist. In mehreren Städten in Pommern und in Hannover haben die Unternehmer sich geweigert, zur Verhandlung zu erscheinen, weil sie angeblich aus dem Arbeiterverband ausgeschlossen sind und mit der Tarifbewegung nichts mehr zu tun haben wollen.

In anderen Fällen sind die Unternehmer flüchtigend von den Verhandlungen fortgeblieben.

Somit Berichte vorliegen, ist bis zum 18. April von den über 900 ablaufenden Tarifverträgen, an denen der Deutsche Bauarbeiterverband beteiligt ist, über rund 600 drücklich verhandelt worden. Eine Lohnerhöhung wurde geboten in 148 Fällen bis zu 2 Pfg. für die dreijährige Vertragsdauer, in 143 Fällen 3 Pfg., in 142 Fällen 4 Pfg., in 127 Fällen 5 Pfg. und über 5 Pfg. Eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1/2 Stunde in der Woche wurde vereinbart in einem Tarifgebiet. Eine Einigung unter den Parteien wurde erzielt in 108 Tarifgebieten mit 71,924 Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes. In 391 Tarifgebieten mit 171,500 Mitgliedern wurde eine Verständigung nicht erzielt.

Die östlichen Tarifverhandlungen im Zimmerergewerbe sind noch nicht allwärts beendet, obwohl die hierfür festgesetzte Frist bereits verstrichen ist und neue zentrale Verhandlungen inzwischen begonnen haben. In einer Reihe von Orten haben wiederholt Verhandlungen stattgefunden, wobei nicht selten die Unternehmer ihre Angebote um einiges erhöht. Vereinzelt, z. B. in Schleswig-Holstein, haben sich auch die Bezirksleitungen der Unternehmer sowie der Arbeiterorganisationen auf nochmalige Verhandlungen geeinigt für einen großen Teil jener Orte, wo die bisherigen Angebote der Unternehmer unannehmlich die Basis für eine friedliche Verständigung abgeben können. In diesem Falle sind von den Bezirksleitungen Vorschläge formuliert worden, die den weiteren Verhandlungen als Unterlage dienen sollen. Ob in diesen Orten eine Einigung möglich sein wird, hängt natürlich von dem guten Willen der Unternehmer ab. Für einen Teil Bezirke haben die östlichen Verhandlungen von vornherein unter Leitung von Unparteiischen stattgefunden. Die daran geknüpften Hoffnungen auf eine leichtere und schnellere Erledigung haben sich indes nicht erfüllt.

Sämtliche bisher erzielten Verhandlungsergebnisse sind vereinbarungsgemäß den die zentralen Verhandlungen leitenden Unparteiischen zugestellt worden.

Terroristische Kampfmittel im Malergewerbe. Der unerhörte Terrorismus, der bei der Ausübung im Malergewerbe von den Innungen betrieben wird, hat selbst durch den Minister v. Seydow im preussischen Abgeordnetenhaus eine Verurteilung erhalten. Er bezeichnete das Vorgehen der Zwangsinnungen, durch Strafen die Malermeister zur Ausübung zwingen zu lassen, für ungesetzlich. Diese Ungesetzlichkeiten aber werden von dem Syndikus des Rheinisch-Westfälischen Unternehmerverbandes, einem Juristen, den Unternehmerverbänden empfohlen und sie machten als Parole des Unternehmerverbandes in ganz Deutschland Schule.

Schon bisher hatten verschiedene Stadtbehörden die ausgeworfenen Strafen für unzulässig erklärt, doch für die das den Herrn Syndikus zu wenig, daß er frohlockend verkündete:

„Wenn die Aufsichtsbehörden in einzelnen Städten auch alles daran setzen, die Beschlüsse der Zwangsinnungen aufzuheben, wonach die Mitglieder bei 20 Mark Strafe gehalten sind, die organisierten Gesellen sofort zu entlassen, so haben sich unsere Obermeister der Zwangsinnung hierdurch nicht verbläffen lassen, sondern die Beschlüsse sind noch allenthalben in Kraft.“

Ob die Unternehmerverbände, an der Spitze die Innungen, auf die Erklärung des Ministers ebenso preisen werden, wie auf die Entscheidung der Aufsichtsbehörden? Vorläufig terrorisieren die Unternehmer in gleicher Weise ungeniert weiter. So wurden in Dessau zwei Malermeister, die den Sonderarif der Gesellen anerkannten, auf Schadenersatz in Höhe von 250 Mark verurteilt. Das Amtsgericht wies die Klage ab, weil jede rechtliche Unterlage fehle. Die Forderung wurde im Termin als ein Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnet. — In Chemnitz werden den Unternehmern außer einer Innungsstrafe von 20 Mark noch besondere Strafen angedroht, so in einem Falle in Höhe von 300 Mark, beim zwanzigfachen Jahresbeitrag zum Unternehmerverband. — In Köln hat man gegen Meister, die die Sonderstrafe anerkannten, bis zu 500 Mark Strafe festgesetzt. Geholfen hat das nichts, denn schon arbeiten 880 Gesellen zu neuen höheren Bedingungen. Diese ungesetzlichen Maßnahmen finden immer mehr Verurteilung auch in den bürgerlichen Kreisen. Selbst führende Personen anderer Unternehmerverbände rufen von den ebenso leichtfertig wie unglücklich operierenden Führern der Malermeister ab.

Achtung! Buchbinder und Kartonagenarbeiter! Die Firma Busch & Jölle, Formularefabrikanten und Buchbinder in Arnstadt i. Thür., hat den Vertrauensmann des Buchbinderverbandes gemahnt, sie erkennt das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen nicht an und wird ihnen wahrscheinlich Streikarbeit zumuten, wenn die bei ihr beschäftigten Holzarbeiter, die in Kündigung wegen Lohnforderungen stehen, ausständig werden. Die Firma lehnt jede Lohnerhöhung ab, trotzdem Arbeiterinnen bis herab zu 5 Mark und Gesellen bis herab zu 16 Mark Wochenlohn erhalten. Da die Firma bei einem Streik ausschließlich auf auswärtige Arbeitskräfte angewiesen ist, so ersuchen wir dringend, Zugzug fernzuhalten.

Schweiz. Am 1. Mai tritt der neue Tarifvertrag für die Holzindustrie in Zürich in Kraft, wonach der freie Sonnabendnachmittag und ein Minimallohn von 79 Centimes pro Stunde eingeführt wird.

Parteiangelegenheiten.

Kandidaturen für die preussischen Landtagswahlen. Auf übereinstimmenden Beschluß der Kreisorganisationen beider Reichswahlkreise Ober- und Niederrhein sind für den 4. Botsdamer Landtagswahlkreis die Genossen Otto Braun, Adolf Pöfer und Konrad Haentisch als Kandidaten aufgestellt worden.

Zur Landtagswahl. Im Landtagswahlkreis Remscheid-Solingen-Venney sind folgende drei Genossen als Kandidaten aufgestellt worden: Hugo Landé, Rechtsanwalt in Elberfeld, Heinrich Limbergh, Redakteur in Düsseldorf, und Otto Niebuhr, Redakteur in Duisburg.

750 Mark Geldstrafe erhielt Genosse Fleißner als Verantwortlicher der „Dresdener Volkszeitung“, weil er einen Gerichtsbescheid durch die Behauptung beleidigt haben soll, daß dieser streikende Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen versucht habe. Die Berufungsinstanz hat nunmehr diese Strafe bestätigt.

Zu den preussischen Landtagswahlen. Dem Wahlkampf sollen zwei Broschüren dienen, die in der Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Paul Singer, G. m. b. H. Berlin SW 88 erschienen sind. Die eine ist besonders der Agitation unter den Frauen gewidmet. Sie führt den Titel „Die Frauen und der preussische Landtag“ und ist von der Genossin Mathilde Wurm verfaßt. Der Preis ist 30 Pfg. Organisationen

wird eine Ausgabe auf geringerem Papier zu einem ganz billigen Preise geliefert. — „Werk und Werkzeuge“ ist der Titel der anderen Broschüre, die folgende Kapitel in populärer Weise behandelt: Rüstungskampf und Landtagswahl. — Wo steht der Feind? — Preußen und das Reich. — Das preussische Wahlrecht. — An seinen Brüchern sollt ihr es erkennen! — Das preussische Vernehmen. — Regierung und Verwaltung. — Reaktion überall! — Auf zum Kampf! Der Preis der Broschüre ist 10 Pf. Organisationen wird eine Ausgabe ohne Umschlag zu ganz billigem Preis geliefert. Beide Broschüren sind zur Massenverbreitung bestimmt. Sie werden bei der Agitation gute Dienste leisten.

Neueste Nachrichten.

Der Sieg des Generalstreiks?

Berlin, 22. April. (S. L.-B.) Die Lösung im belgischen Generalstreik wird für heute, Dienstag, erhofft. Die Minister haben gestern über drei Stunden lang hierüber miteinander beraten. Der Ministerpräsident wurde nach der Beratung vom Abzuge empfangen und konferierte mit ihm über eine Stunde. Von politischer Seite wird erwartet, daß die Parlamentsmitglieder der Arbeiterparteien den Veröfentlichungsantrag der Liberalen annehmen werden. Auch heißt es, daß sich am Mittwoch ein sozialistischer Parteikongress versammelt, um die Beendigung des Generalstreiks zu beschließen. 120,000 Detailkonten von allen Richtungen haben sich an die Abgeordneten sämtlicher Parteirichtungen mit einer Petition gewandt, die in beweglichen Worten eine Beendigung der Krise erbittet.

Wenn diese Nachricht sich bewahrheitet, bedeutet das einen glatten Sieg der belgischen Arbeiter in einer so kurzen Zeit, in der die höchsten Erwartungen ihn nicht erhofft hätten.

Zur Bewegung im ober-schlesischen Berggebiet.

Breslau, 22. April. Der Streik hat im Laufe des Montag an Umfang erheblich zugenommen. Er hat auf die Cleophasgrube der Bergwerksgesellschaft von Giesches Geben, auf die Richterische und den Fizinuschaht der Verehrten Königs- und Lauragütte, sowie auf die Gruben der Donners in archy die U. G. übergriffen. Auch die galizischen und sonstigen ausländischen Arbeiter werden, wenn auch unfreiwillig, in den Streik mit hineingezogen werden. Von der Myslowigrube ist ein großer Teil der ausländischen Arbeiter in die Heimat abgereist. Die Grubenverwaltungen verhalten sich in Forderungen der Arbeiter gegenüber im allgemeinen ablehnend.

Frieden?

Sofia, 21. April. Das Regierungsjournal „Mir“ hält den Krieg mit der Türkei für beendet und erklärt, man könne die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien und die Demobilisierung der feindlichen Armeen als bevorstehend ansehen. Das Blatt ist fest überzeugt, daß die Verbündeten ihre gegenseitigen Verpflichtungen getreu einhalten und daß auf dem Balkan ein dauernder Frieden eintreten werde. (??)

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Montags von 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Anfragen sind nur ausnahmsweise erlaubt. **2. Gehran.** 1. Das läßt sich nicht schämen, denn es kommt an auf die Höhe der Strafe und den Verzug und die Entfernung der Zeugen. 2. Ja, wenn Geld da ist, werden stets Haftkosten verlangt. 3. Die Ehefrau des Inhaftierten kann gesetzlich nicht verpflichtet werden, die Gerichtskosten zu zahlen. **G. S. S.** Schreiben Sie uns das Schreiben, das Ihr Vater erhalten hat; wir werden Ihnen dann näheres sagen.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Bresl. Ortzeit	20. April	21. April	22. April			
d. l. W. G. + 8 Uhr	7 Uhr	7 Uhr	7 Uhr			
Austradene (0)	+8.5	+7.8	+3.5	+8.7	+8.9	+4.1
Austradene (max) 0.7m	74.9	74.9	79.3	76.9	76.9	76.1
Dunstschicht (mm)	2.3	8.7	6.7	5.3	4.8	5.1
Feuchtigkeit (%)	99	85	97	61	65	84
Wind (0-12)	12 3	0 2	12 3	12 3	12 1	12 1
Wetter	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	heiter	heiter

*) Zur Reduktion auf Meereshöhe sind 18,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Regen in 24 Stunden	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
mm	1. April	2. April	3. April	4. April	5. April	6. April	7. April
22.4	12.80	1.58	13.05	2.29	80	12.80	1.58
21.4	13.08	1.44	13.08	2.22	88	13.05	2.20
Mittel	11.88	0.98	12.12	2.42	76	12.07	1.47

*) Auswertungshöhe i. Rothweg 3.50; für Treßfen (Ober-) Dyle-Messung 3.27.

Bersammlungen und Vereine.

Dienstag, den 22. April:
Ortskrankenkasse der Schlosser. Abends 8 Uhr im „Pariser Garten“.
Mitglieder des Konsumvereins „Vorwärts“. Abends 8 Uhr Heinrichstraße 5.
 Mittwoch, den 23. April:
Schneider, Schneiderinnen, Wäschereiarbeiter. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause.
Arb.-Radf.-Vand. „Solidarität“. Ortsgruppe Breslau. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, keiner Saal.
Mitglieder des Konsumvereins „Vorwärts“. Abends 8 Uhr Pöcherstraße 13.



Sunlicht Seife

greift nichts an, nur den Schmutz, den aber gründlich! Das wissen alle Putz- und Waschfrauen, welche diese Seife aller Seifen einmal versuchten und nun immer wieder verwenden! — Beweis: Stetig wachsender Absatz!



Seifol
das selbsttätige Waschmittel
zu 55 und 28 Pfg ist
überall zu haben
nur danach fragen
Auf Prämien Scheine achten

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinaloo
Brauerei, Brauerei, Brauerei
Brauerei, Brauerei, Brauerei

Bäckerwaren und Konditorwaren

Edler, Walter, Polenzstraße 43.
Wagner, August, Wollschneide 5.
Wolff, Carl, Oderstraße 29.
Wolff, Wilhelm, Wollschneide 5.
Wolff, Wilhelm, Wollschneide 5.
Wolff, Wilhelm, Wollschneide 5.

Badeanstalten

Polenzbad, Neue Gasse 14.

Bandagisten

Kaufmann, Carl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.

Rein, Joh., Schmiedestr. 17/18.

Bettfedern und Schnittwaren

Geschw. Kayser, Andersonstraße 2.

Bier-Brauereien

Brauerei Sacrau, G. u. S. S.

Genossenschafts-Brauerei

Genossenschafts-Brauerei, G. u. S. S.

Hopf & Görtke Jubiläums-Biere

Korn, Josef, Oderstraße 3.
Korn, Josef, Oderstraße 3.
Korn, Josef, Oderstraße 3.

Bier-Apparate, Kohlenlöser

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Café

Kaufmann, Carl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.

Damen-Konfektion

Rüsel, Felix, Wollschneide 7.

Damen-Schneiderei

Kaufmann, Carl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.

Drogen und Farben

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Eisen- u. Stahlwaren

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Fabrikat. Nähmaschinen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Fabrikat. u. Wäscherei

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Fischer u. Delikatessen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Fischer u. Delikatessen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Fischer u. Delikatessen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Fischer u. Delikatessen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Fleischereien u. Wurstfabriken

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Hüte und Mützen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Barth, H.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Straburg, Hof-Bazar

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Hygienische Artikel

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kinderwagen, Reisekörbe Bettstellen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Goetz Söhne

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kaffee, Tee

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Gewaltig, Heinrich

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Pohl, B.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kinematographen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Eden-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kaiser-Wilhelm-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Lichtspielhaus

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

National-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Ring-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Walhalla-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Union-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kleiderstoffe, Seldwaren

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Schmann, D.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Wagner, Albert

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kohlen u. Briketts

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kolonialwaren

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Konfitüren und Schokoladen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Landsberg, Max

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Hüte und Mützen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Barth, H.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Straburg, Hof-Bazar

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Hygienische Artikel

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kinderwagen, Reisekörbe Bettstellen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Goetz Söhne

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kaffee, Tee

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Gewaltig, Heinrich

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Pohl, B.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kinematographen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Eden-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kaiser-Wilhelm-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Lichtspielhaus

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

National-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Ring-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Walhalla-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Union-Theater

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kleiderstoffe, Seldwaren

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Schmann, D.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Wagner, Albert

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kohlen u. Briketts

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Kolonialwaren

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Konfitüren und Schokoladen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Lüdtke, Hugo

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Möbel-Magazine

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Karsunky

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Nähmaschinen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Optiker

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Heidrich, Stadtbrot

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Pantoffel- u. Holzschuhfabrik

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Galke, Max

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Papier- und Schreibwaren

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Wieder, Gustav

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Rein, Robert

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Buscher

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Klosterstr. 28

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Hilbig, M.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Langner, August

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Reibstirn, Frdr. Wilhelm

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Rudolph, Westendstr. 47

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Tafel, Carl

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Wald, Johann

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Pflanzenbutter

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

May, J., sen.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Photographische Ateliers

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

„Express“, Klotterstraße 93, str.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Sargmanzine

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Seifengeschäfte

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Selle Kommit Seitenpulver

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Schankwirtschaften

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

J. P. Karnasch

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Schirdewan

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Schreimach. n. Büro-Bedarf

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Versandhaus Breslau

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Schuhwaren und Schuhmacher

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Grandschock, W.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Wagner, August

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Residenz-Schuhwarenhaus

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Wagner, August

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Strumpftrickereien Strümpfe

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Trauer-Kleidung

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Benedix, A.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Uhren und Goldwaren

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Alter, P.

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Frenzel

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Möwius

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Versicherungen

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

IDUNA

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Waren- u. Kaufhäuser

Wagner, Carl, Schmiedestr. 17/18.

Gebr. Barasch

Wagner, Carl

Deutscher Reichstag.

145. Sitzung, Montag, den 21. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Seeringen.

Militärzeit.

Die Beratung beginnt beim Kapitel „Garnisonverwaltungs- und Servicewesen“.

Abg. Werner-Bergfeld (Ant.) wünscht eine Besserstellung der Kasernenhof-Inspektoren.

Abg. Jäger (nall.) bemängelt die Art der Vergabe von Arbeiten bei verschiedenen Garnisonverwaltungen.

Abg. Pauli-Lochen (Zentr.) bittet, bei den Arbeiten zur Unterhaltung der Gebäude die ausländischen Firmen nicht zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Welzer (Zentr.) hält gegenüber den neulichen Ausführungen der Abgg. Stücklen und Gothein die Zulagen der Offiziere auf der Besatzung der Burg Hohenzollern für gerechtfertigt.

Abg. Dr. Neumann-Dofner (Wpt.) klagt darüber, daß die Kommandeure der Truppenübungsplätze den Wünschen der umwohnenden Bevölkerung zu wenig Rechnung tragen.

Abg. Rupp-Baden (Konf.) wünscht eine stärkere Servisverpflichtung.

Abg. Schmidt-Meißen (Soz.) klagt darüber, daß bei den letzten Kaisermanövern in Sachsen die Industrie durch wochenlange Sperrung des Verkehrs schwer geschädigt wurde.

Die Militärverwaltung sollte doch darauf Rücksicht nehmen, daß in Deutschland auch einige Leute existieren, die das Geld verdienen müssen, das die Militärverwaltung verbraucht. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. Rohmann (Zentr.) klagt über Mäanderfäden; die Flurschäden werden zu spät und zu niedrig abgeschätzt.

Generalleutnant Stabs: Die Geeresverwaltung ist bemüht, die Abschätzung der Flurschäden zu beschleunigen und gerecht zu gestalten. — Bei den Mäandern ist die Schulung des Eisenbahnpersonals von außerordentlicher Wichtigkeit.

Das Kapitel wird bewilligt, es folgt „Militärbauwesen“.

Abg. Weinhausen (Wpt.) wünscht Statifizierung der Bau- und Bauunterbeamten.

Generalleutnant Stabs: Die Militärverwaltung steht dieser Anregung sympathisch gegenüber; ein entsprechender Antrag ist früher von der Budgetkommission abgelehnt worden.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt „Militärmedizinwesen“.

Abg. Koch (Soz.): Bereits am 10. Januar habe ich wegen der Typhusepidemie in Panau angefragt. Aus der Antwort habe ich nicht die Überzeugung gewonnen, daß die Vorarbeiten von der Militärverwaltung mit der nötigen Gründlichkeit untersucht worden sind.

Es ist nicht richtig, daß in der Küche eine Unsauberkeit nicht geherrscht hat. Schon monatelang vor dem Ausbruch der Epidemie ist von den Leuten über schlechtes Essen geklagt worden. Die Epidemie ist auch sehr spät als Typhus erkannt worden. Sollte der Grund etwa darin liegen, daß viele Militärs in jedem Kranken Soldaten zunächst einen Betrüger und Simulanten sehen, was schon vielen braven Soldaten das Leben gekostet hat? (Sehr wahr! bei den Soz.)

Schließlich möchte ich noch anregen, die Gesuche der Leute, die ihre Söhne auf diese schreckliche Weise verloren haben, wohlwollend zu prüfen und ihnen eine Entschädigung zu gewähren.

Generalarzt Schulz: Eine Unsauberkeit in der Küche kann zur Entstehung der Maffenerkrankung nicht herangezogen werden. Klagen über schlechtes Essen sind an die Verwaltung nicht gekommen. Typhus wird häufig erst nach der zweiten Woche erkannt. Daß etwa die Militärs die Kranken Soldaten als Simulanten betrachten, muß ich mit allem Nachdruck bestreiten. Die Untersuchungsberichte werden durchaus wohlwollend geprüft werden.

Abg. Koch (Soz.): Die Militärverwaltung scheint aus den Panauer Vorgängen nichts zu lernen zu wollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was ich vorgetragen habe, stützt sich auf durchaus einwandfreies Material, der Vertreter der Militärverwaltung aber erklärt einfach: es steht nicht in den Akten, also existiert es nicht. Ueber das schlechte Essen haben die Verstorbenen ihren Angehörigen schon Monate vor Ausbruch der Krankheit Klagen gesandt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Meine Vermutungen sollen keineswegs sämtliche Sanitätsoffiziere treffen, aber auf sehr viele treffen sie zu. (Zustimmung b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Seeringen: Die Militärverwaltung ist selbstverständlich den Ursachen des traurigen Panauer Falles nachgegangen. Es muß aber in Abrede gestellt werden, daß hier ein Verschulden vorliegt. Wir haben den Fall schon untersucht, ehe Abg. Koch mit seinen Angriffen kam. Wenn uns Material übermittelt wird, so werden wir das prüfen, aber mit so allgemeinen Angaben, wie sie Herr Koch hier machte, kommt man nicht weiter. Den Angriffen auf die Sanitätsoffiziere muß ich entschieden entgegenreten. Das deutsche Volk muß diesen Offizieren dankbar sein, denn der Gesundheitszustand unserer Armee bessert sich von Jahr zu Jahr. (Beifall rechts.)

Abg. Koch (Soz.): Man kann hier sagen was man will, die Herren wissen das immer besser, obwohl sie nicht die Fühlung mit den Soldaten haben, die wir haben. Ich habe nicht bloß allgemeine Angaben gemacht. Allerdings darf ich es nicht wagen, dem Kriegsminister die Briefe vorzulegen, die mir zugegangen sind, das ist nicht möglich bei der Rücksichtslosigkeit, mit der heutzutage gegen alle diejenigen vorgegangen wird, die im Verdacht stehen, Sozialdemokraten zu sein oder sozialdemokratische Abgeordnete zu informieren. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Titel wird bewilligt. Beim Kapitel

„Kriegsminister v. Seeringen“

wo die Budgetkommission Abstriche vorgenommen hat, ersucht

Kriegsminister v. Seeringen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Die Beschlüsse der Budgetkommission würden eine erhebliche Verminderung des Einkommens der kommandierenden Generale bedeuten.

Abg. Edler Gans zu Putlitz (Konf.) erklärt, daß seine Partei für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen werde.

Abg. Rostke (Soz.): Ich bin erstaunt darüber, daß der Kriegsminister für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage eintritt. Die neue Rüstungsvorlage ist in erster Linie durch die Zweibeinigen gewisser militärischer Kreise verursacht worden. Der Reichstangler hat an die Opferwilligkeit der besser gestellten Kreise angeknüpft, die Regierungsvorlage appelliert. Wenn irgend eine Gruppe von Angehörigen der bestehenden Klasse in Deutschland Anlaß hat, bei dieser Gelegenheit opferwillig zu sein, so sind es die kommandierenden Generale, für die sich der Kriegsminister aber jetzt ins Zeug legt, weil ihnen zugemutet wird, einen geringen Teil ihrer hohen Bezüge zu opfern. (Veb. Zust. links.) Diese Herren, die ein jährliches

Einkommen bis zu 60 000 Mark

haben, können doch wohl das Opfer von 800 Mark bringen. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat schon immer auf dem

Standpunkt gestanden, daß bei den Überforderungen der Generale Ersparnisse versucht werden müssen. Jetzt will man uns nun vorrechnen, daß die Generale mit ihren Einkommen von 60 000 Mark die notleidendsten Leute in Deutschland sind. Angesichts der riesigen Opfer, die breiten Bevölkerungskreisen zugemutet werden, um die Kosten der Rüstungsvorlage zu decken, muß es Befremden erregen, wenn der Kriegsminister hier den kommandierenden Generalen dieses kleine Opfer erwahren will. Der Reichstag hat allen Anlaß, an den Beschlüssen der Budgetkommission festzuhalten. (Veb. Beifall links.)

Der Titel wird gegen die Stimmen der Rechten nach den Beschlüssen der Budgetkommission angenommen.

Bei dem Kapitel „Verwaltung der Remontedepots“ bemerkt:

Abg. Schmidt-Meißen (Soz.): Die Löhne bei den sächsischen Remontedepots sind unerhöht niedrig, 1,50 M. im Winter, 1,90 M. im Sommer pro Tag. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Arbeitszeit beträgt 10 bis 13 Stunden. Bei diesen Löhnen müssen die Arbeiter sich für ein volles Jahr verpflichten, und außerdem durch Unterschrift ihre Unterstellung unter die Gefügeordnung anerkennen. Natürlich bekommt man zu solchen Bedingungen keine tüchtigen Leute und deshalb beschäftigt die Militärverwaltung in Massen ausländische Arbeiter. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das nennt man dann „Schutz der nationalen Arbeit“. Hier ist schleunige Remedur notwendig.

Sächsischer Generalmajor v. Weisberg: Die Löhne werden nach den Dienstverweisungen festgesetzt und richten sich nach dem in der Umgebung der Depots üblichen Sätzen. Auf die Uebertragungen des Vorredners brauche ich wohl nicht näher einzugehen. (Munne b. d. Soz.)

Abg. Schmidt-Meißen (Soz.): Der Bundesratsvertreter kann keine einzige der von mir angeführten Tatsachen widerlegen. (Veb. Sehr wahr! b. d. Soz.) Die „üblichen Sätze“ werden bezahlt, um den Landwirten nicht Konkurrenz zu machen. Die Landwirte bezahlen diese Löhne aber an Leibe, die Militärverwaltung dagegen an Verheiratete. (Hört, hört! bei den Sozialdem.)

Beim Kapitel „Umzugs- und Reise- sowie Transportkosten“ ergreift das Wort

Abg. Rostke (Soz.): Der Reichstag muß Verwahrung einlegen gegen ungerechtfertigtes Hin- und Herschicken von Truppen und gegen die Verwendung von Soldaten für nichtmilitärische Zwecke. Um derartiges scheint es sich bei der Verwendung von Pionieren auf der Saalburg zu handeln, die dort nicht mit modernen Instrumenten, sondern mit solchen altmännlicher Soldaten Schanzarbeiten ausführen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist eine Verwendung von Soldaten

für private Diebstahlsverbrechen des Kaisers.

Auch die Derangierung der Rathenower Fusaren nach Berlin zu einer privaten Familienangelegenheit hat nichts mit dem Dienst zu tun. Wir haben kein Geld, um es für unnütze Zwecke zu verpulvern, und wir müssen es uns verdienen, daß die Söhne des Volkes im Soldatenrock als Paratruppen für Prinzen und ihre Bräute verwendet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gegen solche Verschwendung von Reichsmitteln muß der Reichstag protestieren. Würde der Kriegsminister die Stimmung im Volke kennen, so würde er gegen solche Verwendung von Reichsmitteln Einspruch erheben. (Beifall bei den Soz.)

Kriegsminister v. Seeringen: Das Rathenower Fusaren-Regiment hat mit dem früheren hannoverschen Königshaus ganz besondere persönliche Beziehungen, und deswegen hatte seine Derangierung in dem Moment, wo der Stammhalter der königlichen Familie in die preussische Armee eintreten sollte, einen politischen Zweck. (Sehr richtig! rechts.) — Bei den Winterarbeiten bei der Saalburg handelt es sich um Waldarbeiten, die in der Kategorie nicht vorgenommen werden können, und die doch für den Stellungskrieg ganz unerlässlich sind. Die Ausbildung der Truppen wird dadurch gefördert. (Lachen b. d. Soz. und Jurus: Mit altmännlichen Waffen!) Ach, das ist ja nur Beiwert. Also die Ausbildung der Truppen ist gefördert, ohne daß der Militärverwaltung Kosten erwachsen sind, denn die Kosten sind aus dem Fonds für die Saalburg bezahlt worden.

Beim Kapitel

„Artillerie und Waffenwesen“

bespricht Abg. Büchner (Soz.) die Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse in den Militärwerkstätten. Die einstimmig gefassten Reichstagsbeschlüsse auf Befreiung der bestehenden Mißstände hat der Bundesrat abgelehnt oder einfach in den Papierkorb geworfen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Verhältnisse werden von Jahr zu Jahr schlimmer und die Rechtfertigungs-Paranade des Generals Wandel kann daran nichts ändern. Hier muß vielmehr gründlich Wandel geschaffen werden. (Beifall.)

Lohnverhältnisse werden abgelehnt wegen der schlechten Finanzlage. Natürlich es handelt sich ja nur um Arbeiter. Die Anforderungen greift nach ungeheurer. Es herrscht besonders in Spanien ein ungläubliches Anreizungssystem der Meister, die dafür besondere Gratifikationen erhalten. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Folge dieses Systems ist eine hohe Unfallziffer, und was das schlimmste ist, die Verunglückten werden auch noch bestraft. Wo ist der Privatunternehmer, der sich erdreistet, so herabzuwürdigen und brutal gegen die verunglückten armen Leute vorzugehen. Ueberhaupt gibt das Strafsystem zu Lebhafte Klagen Anlaß. In der vielfältigen Arbeitsordnung kann sich nicht einmal ein Jurist zurechtfinden. Das ist schlimmer Terrorismus. Mit solchen Stockschlägen auf den hungerigen Magen werden Sie die Wahrheit nicht töten. Wir verlangen das freie und uneingeschränkte Koalitionsrecht auch für die Staatsarbeiter. Ehe Sie das nicht den Arbeitern gewähren, muß der Arbeiterauschuss ein tatgeborenes Kind bleiben. Gegenwärtig hat der Arbeiter-Ausschuss den Wert, den die Militärverwaltung ihm beilegt, keineswegs; er schwebt vollständig in der Luft. Unterstützung werden von der Verwaltung die gelben Organisationen, in denen in erster Reihe Politik getrieben wird. Wir bitten der Militärverwaltung das Recht zu der Bestimmung des § 1 a; es geht gar nichts an, was die Arbeiter außerhalb des Betriebes tun. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Konsequenz dieser Bestimmung wäre, daß Sie von den Arbeitern auch keine Steuern nehmen, und Sie nicht zum Militärdienst herangezogen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Befreiigen Sie diesen § 1 a, und nehmen Sie unsere Resolution an. Nur dann können die Staatsbetriebe Musterbetriebe werden. (Beifall bei den Soz.)

Generalleutnant Wandel: Die Löhne in den Militärbetrieben sind keineswegs stehen geblieben und die Alfordlöcher sind so mit Rauteln versehen, daß die Arbeiter gegen Willkür geschützt sind. Von einer Autreiberei kann keine Rede sein. Arbeiter müssen die Leute natürlich. Wir sind dabei, eine einheitliche Arbeitsordnung zu schaffen. Die Frage des Koalitionsrechts habe ich bereits in der Kommission erörtert und brauche darum hier im Plenum nicht noch einmal darauf einzugehen. Mit der Tätigkeit der Arbeiterauschüsse sind die Arbeiter durchaus zufrieden. (Beifall rechts.)

Abg. Teimborn (Zentr.) verlangt die Statifizierung der Schreibstellen.

Generalleutnant Wandel stellt die Statifizierung in Aussicht.

Abg. Vossbach (Ztr.) klagt über zu geringe Besoldung der Feuerwerker.

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag

Schluß 7/4 U.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

171. Sitzung, Montag, den 21. April 1913 vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.
Der elektrische Betrieb auf der Berliner Stadt- und Ringbahn (Zweiter Tag)

Abg. Lucht (Konf.) spricht für die Kommissionsbeschlüsse in Gegenjah zur Mehrheit seiner Freunde und spendet auch der Regierungstechnikern volles Vertrauen. Wenn auf einer Privatbahn solche Zustände vorlämen, wie auf den Berliner Stadt- und Ringbahnen, hätte die Regierung längst einschreiten müssen. (Sehr richtig! links.) Der Redner verurteilt die Stimmungsmache von Vertretern der Dampfindustrie. Eine Beeinträchtigung des Telegraphendienstes ist gar nicht zu befürchten und der elektrische Betrieb würde die jetzigen Zustände zur Stadtbahn überflüssig machen. Eine Tarifserhöhung würden die Arbeiter bei dem allgemeinen Rückgang des Geldwertes gar nicht empfinden. (Hört! b. d. Soz.) Ueber den Zentrumsantrag, nur 9,6 Millionen Mark zu bewilligen, beantrage ich namentliche Abstimmung.

Abg. Schaub (Freikonf.) erklärt sich namens einer Minorität seiner Partei gegen die Kommissionsbeschlüsse, weist aber die Befürchtung, von der Dampfindustrie beeinflusst zu sein, zurück. Ueberfüllung mag sie und da vorkommen, aber da wird wohl sehr übertrieben. (Hört, hört! links.) Eine keine Tarifserhöhung würde den Verkehr schon entlasten. (Hört, hört! links.)

Abg. Schmedding (Zentr.) spricht für einen Teil seiner Partei zugunsten der Kommissionsbeschlüsse unter der Voraussetzung, daß die Tarife erhöht werden. Es wird sich doch niemand von der Kirchturnpolitik leiten lassen, die Vorlage deshalb abzulehnen, weil im Sauerland eine Nebenbahn noch nicht gebaut wurde. (Beifall.)

Abg. v. Hennigs-Lechlin (Konf.) erklärt gleich dem Abg. v. Pappenheim, daß bei den unzureichenden, auf Schätzung beruhenden Grundlagen der Vorlage eine Entscheidung über ein so kostspieliges Projekt nicht möglich ist. Der Minister ist doch da. Mit der verbesserten Dampflokmaschine wäre bis 1916 auszukommen.

Minister v. Breitenbach verteidigt darauf, daß er 35 Jahre im Eisenbahndienst रहे, also sehr wohl die Vorschläge seines ersten technischen Beraters auf die Notwendigkeit ihrer Durchführung hin beurteilen könne. Er verteidigt nochmals die Kommissionsbeschlüsse und ersucht um ihre Annahme. Die Arbeiterwochenlöhne sollen nur sehr wenig verteuert werden.

Abg. Rosenow (Wp.): Wieder ist es die Feindschaft des Konservativen und des Zentrums gegen Berlin, die ein so kostspieliges Gesetz gescheitert. Von den Leistungen Berlin wird gar nicht gesprochen. In anderen Ländern tut man alles für die Hauptstadt!

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Fleißner-Richtenberg (Freikonf.): Ich würde nicht nur für die Kommissionsanträge, sondern auch gegen jede Fahrpreiserhöhung aufgetreten sein.

Abg. Hoffmann (Soz.) ist durch den Schlußantrag verhindert, einem konservativen Redner zu erwidern, daß es unrichtig ist, daß Berlin nichts zahlen wolle, sondern nur, daß es nicht alles zahlen wolle, was die Junker aus ihm herauszöhlen wollen. Rechtsbefreiung, daß die Arbeiterwochenlöhne auf die weiteren Strecken um 28 Mark pro Jahr erhöht werden sollen, ist nicht widerlegt. Herr v. Hennigs gegenüber bemerke ich, daß ich den Konservativen nicht jedes Gewissen abgesprachen habe; wohl aber habe ich erklärt, daß, wenn infolge der Ueberfüllung Unglücksfälle vorkommen sollten, die Verunglückten und Toten auf das Konto derjenigen zu setzen sind, die die Kommissionsbeschlüsse ablehnen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Pashke (Wp.) wird über die Kommissionsbeschlüsse namentlich abgestimmt und zwar zu Beginn der Diensttagssitzung.

Das Gesetz über die Hypotheken in Neu-Vorpommern und Rügen wird ohne Debatte erledigt.

Das Haus beginnt hierauf die zweite Beratung des rheinischen Zusammenlegungs- und Grundstückssteuergesetzes, kommt jedoch damit nicht zu Ende.

Dienstag 11 Uhr: Namentliche Abstimmung über die Berliner Stadtbahnvorlage. Polengesetz. Dritte Lesung der Berliner Stadtbahnvorlage.

Schluß 4/4 U.

Die Lage auf dem Balkan.

Die Antwortnote der verbündeten Balkanstaaten, die am Montag nachmittag überreicht wurde, erklärt: Vom aufrichtigen Wunsche befeelt, die angebotene Vermittelung ihrem Ziel zuführen, erklären die Verbündeten, indem sie die Großmächte neuerlich bitten, den Grundfah einer Kriegsentzündung zuzulassen, daß sie diese Vermittelung annehmen, sie behalten sich jedoch vor, im Laufe der Verhandlungen mit den Großmächten jene Fragen zu erörtern, die sich auf die ägäischen Inseln und die endgültige Festlegung der Grenzen Thrakiens und des gesamten Albanien beziehen. Während so die Verbündeten langsam einlenken, schiebt Nikitas Heer weiter.

Die Beschließung von Skutari dauert fort.

Wien, 21. April. Die Beschließung von Skutari dauert die Montenegroer dauert fort. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird ein Sturmangriff auf den Tabaroch vorbereitet. Zeitungsberichterstatter sind eingeladen worden, dem Angriff beizuwohnen.

Rückführung von Kriegsgefangenen.

Konstantinopel, 21. April. Die Pforte hat die von Griechenland aufgestellten Bedingungen für die Rückführung von Kriegsgefangenen angenommen. 5000 Kriegsgefangene werden in Merina an Land gesetzt. Griechenland zieht seine Truppen von Chios zurück.

Der Streit zwischen Serbien und Bulgarien.

Ueber den Streit zwischen Serbien und Bulgarien betreffs der Aufteilung des besetzten türkischen Gebietes hat sich der serbische Geschäftsträger in Paris, Pawlowitsch, einem Vertreter der „Wiener Freien Presse“ gegenüber u. a. folgendermaßen geäußert:

Der serbisch-bulgarische Bündnisvertrag von 1912 sah vor, daß alles Land westlich von Kumanowa an Serbien, alles Land im Osten des Rhodopegebirges und des Strumajflusses an Bulgarien fallen soll. Ueber die Zone zwischen diesen Gebieten trifft der Bündnisvertrag mit Ausnahme einzelner Punkte, die gleich dem einen oder dem anderen Vertragspartei zugewiesen wurden, keine Anordnung. Bulgarien sollte nicht weit in Thrazien vorgehen und sogar Adrianopel als zu nahe an Konstantinopel gelegen, respektieren. Als Maßstab für die Teilung der zu erwerbenden Gebiete wurde die Größe der heidnischen Bevölkerungsgente angenommen. Serbien sollte sich mit 150.000, Bulgarien

haben, können doch wohl das Opfer von 800 Mark bringen. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat schon immer auf dem

100.000 Mann am Krieg; Bulgarien sollte 100.000 Mann in das Karpaten betreten, um die serbischen Operationen in jenem Gebiet zu erleichtern und Serbien mit voller Kraft militärisch unterstützen, falls es von Oesterreich-Ungarn angegriffen werden sollte.

Der Krieg hat den Ereignissen eine andere Richtung gegeben, als die Diplomaten sich vorgestellt hatten. Bulgarien hätte zwar eine Division nach dem Karpaten, rief sie aber halb wieder zurück, da sie in Thrakien gebraucht wurde; Serbien hat nicht 150.000, sondern 310.000 Mann mobil gemacht. Bulgarien hat seine Eroberungen weit über Adrianopel ausgedehnt; Serbien hat sich infolge des Einstriches Oesterreich-Ungarns von Albanien und der abriatischen Küste, die in sein Gebiet gefallen wären, lieber zurückziehen müssen. Bulgarien, mit voller Kraft im Osten engagiert, hätte Serbien im Westen keine Hilfe leisten können, dagegen hat Serbien Bulgarien mit 50.000 Mann vor Adrianopel unterstützt.

Die Willigkeit verlangt, daß die vorgeesehenen Grenzabzüge eine Aenderung zugunsten Serbiens erfahren; unter Bündnis würde sich sonst mit einem zu großen Gewinn für Bulgarien und einem Verlust für Serbien liquidieren. Bis beantragen das Gebiet Ohrida aus Billigkeitsgründen, als Kompensation für die unangenehme Lage, in die wir durch eine mehr den Interessen Bulgariens als den unserigen gerecht werdende Kriegführung verkehrt worden sind.

Herr Pawlowitsch erklärte, daß Serbien, falls Bulgarien seine Forderungen nicht bewilligt, den im Bündnisvertrage vorgesehenen Schiedspruch des Kaisers von Rußland anzurufen werde.

Durch die Indiskretion eines Unterbeamten ist der serbischen Presse ein Geheimvertrag zwischen Oesterreich und Bulgarien bekannt geworden, in dem sich die beiden Staaten verpflichten, sich gegenseitig im Falle eines Krieges mit Serbien zu unterstützen. Der Vertrag soll bereits im Jahre 1908 anlässlich des letzten Besuchs des kaiserlichen Erbprinzen in Ungarn abgeschlossen worden sein.

Montenegro bombardiert weiter!

London, 22. April. Ein Telegramm aus Cattaro besagt, daß die montenegrinische Regierung nunmehr bereit ist, sich dem Wunsche der europäischen Großmächte zu fügen, daß aber die vor Skutari liegenden montenegrinischen Truppen sich ganz entschieden weigerten, ihre Positionen zu verlassen. Aus San Giovanni di Medua geht die Meldung zu, daß alles bereit ist, um die serbischen Truppen nach ihrer Heimath zu befördern.

Wien, 21. April. In den informierten Kreisen wird erzählt, daß Skutari weiter bombardiert werde. An dem Bombardement sollen angeblich serbische Truppen in montenegrinischer Uniform beteiligt sein.

Konstantinopel, 22. April. Trotz offizieller Dementis verkündet sich hier das Gerücht, daß gestern auch mit den griechischen und serbischen Kommandanten ein mündlicher Vertrag über die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zustande gekommen ist. Gut informierte Kreise erwarten bereits für die nächste Woche die allgemeine Unterzeichnung des Präliminarfriedens.

Der Kampf um Saloniki.

Saloniki, 22. April. Die erste griechische Division hat gestern ebenfalls Saloniki verlassen und wird die verschiedenen Stellungen verstärken helfen, die in der Umgebung der Stadt gewährt wurden und die von größter strategischer Wichtigkeit sind. Damit würde dann eine Art Verteidigungsgürtel um Saloniki gebildet werden. Die Griechen legen an den wichtigsten Stellen dieses Verteidigungsgürtels große und starke Erdbefestigungen an. Allgemein wird versichert, daß man jeden Versuch der Bulgaren, auf Saloniki vorzurücken, so entschieden und energisch als nur möglich entgegenzutreten wird. Andererseits treffen auch die Serben alle Maßnahmen, einen Vorstoß der Bulgaren zurückzuweisen.

Saloniki, 22. April. Infolge des Protestes der bulgarischen Regierung hat die serbische Regierung die Wiedereröffnung des bulgarischen Bistums in Skopje und die Rückkehr des Erzbischofs Meletich dahin gestattet. Der Bischof, gegen den sich hauptsächlich die Wut der Bevölkerung richtet, und für dessen Leben man fürchtet, wird nun ständig von Gendarmen Tag und Nacht bewacht, die seinen Besucher vorlassen. Seither ist die Spannung zwischen Bulgarien und Serbien in Skopje noch bedeutend verschärft und jeden Augenblick kann es zu Reibereien und blutigen Zusammenstößen kommen. Der Erzbischof ist als Gefangener zu betrachten. Die Anzahl der bisher verhafteten Bulgaren beträgt 284.

Wien, 21. April. In hiesiger unrichtigster Stelle wird die Meldung der „Daily Mail“, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien ein Geheimvertrag bestehe, nach welchem sich beide Staaten für den Fall eines Konflikts mit Serbien gegenseitige Hilfe versprechen, als unrichtig bezeichnet, denn weder Oesterreich-Ungarn noch Bulgarien bedürfen eine Hilfe, um einen serbischen Angriff zurückzuweisen. (Wiso nur „wohlwollende Neutralität“?)

Ausland.

Die holländische Wahlrechtsaktion.

Aus Amsterdam schreibt man uns vom 18. April: Der sozialdemokratische Parteivorstand hat heute den Aufruf zu den großen Wahlrechtsdemonstrationen veröffentlicht, die die Kampagne einleitet. Wir entnehmen dem Aufruf folgendes:

Der rote Dienstag (Demonstrationen gelegentlich der Parlamentsöffnung im Haag vom Jahre 1912 ein Tag revolutionärer Kraft, so muß ihn der rote Montag vom Jahre 1913 an wirklicher revolutionärer Bedeutung nach übertraffen. Hab er wird dies nur, wenn die holländischen Arbeiter, insbesondere die Arbeiter aus Amsterdam und Rotterdam mit den unliegenden Orten, sich der Verantwortlichkeit bewußt sind, welche ihnen von der Gewerkschaft und der politischen Partei zugefallen ist.

Der Reichstag des Oesterreichs der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der nach einer Verständigung mit dem Vorstand des Gewerkschaftsverbandes geschäft und damit geht, die Arbeiter in Amsterdam, Rotterdam und unliegenden Orten auszusparen, maßgebend an der Wahlrechtsdemonstration teilzunehmen, ist der Anfang einer Wendung im Wahlrechtskampf. Die Bewegung greift von der rein politischen zur wirtschaftlichen Aktion über. Unsere Bewegung will und wird keinen Schritt zurückgehen. Jeder neue Schritt muß ein Schritt vorwärts sein. Wollen, das Gebiet der unpolitischen Agitation ist von uns verlassen; wir haben es letzten roten Dienstag vor den Bajonetten; auf diesem Wege weiterzugehen, würde bedeuten in die Bajonetten zu springen. Wollen wir das vermeiden und trotzdem weiter gehen, so hat die holländische Kraft der Arbeiter, die Bedeutung der Arbeiter im Produktionsprozeß,

die politische Aktion zu stärken; dann sollen die Arbeiter nach nur ihren Willen als Staatsbürger, sondern auch ihre Macht als Produzenten des Reichtums, als die unentbehrliche Kraft zur Ausübung des Gewerbes, Handels und Verkehrs in die Wagschale werfen.

Wir eröffnen jetzt den Weg für die neue Aktion, indem wir die Arbeiter in und um unsere beiden großen Handelsstädte, die Arbeiter in den Zentren unseres Großkapitalismus, aufrufen zur Teilnahme an einer Demonstration, an einem Arbeitstage. Diese Tagesdemonstration kann nur Erfolg haben, wenn viele Tausende an diesem Tag ihre Pflicht als Kämpfer für ihre Klasse über ihre Pflicht als Lohnarbeiter für den Kapitalisten stellen — wenn die Arbeiter massenhaft am Demonstrationstage feiern! Die Demonstrationen finden Montag, den 2. Juni statt.

Jedes Land hat seine Kruppe. „Daily Chronicle“ warnt davor, den Kruppandal als Ausnahmefall zu behandeln. Das Blatt erklärt, die Profite Schnetters in Frankreich und des englischen Schiffbauers hielten jeden Vergleich mit Krupp aus. Vickers und Maxim bauen in Italien Schiffe für die italienische Regierung. Die Flottenliste zählte diese Schiffe als feindliche, und der heunüchteste Patriotismus verlangte dann neue Schiffe für England, und das bedeutete neue Aufträge für Vickers und Maxim. Aber die schlagendste Parallele sei der Jameson Raid nach Südafrika, der dieselben Kräfte am Werke zeigte, wie im Falle Krupp.

Die Studentenunruhen in Bologna wiederholten sich am Sonnabend. Etwa 2000 Studenten, verstärkt durch Volksmassen, versuchten zum österreichischen Konsulat vorzudringen, wurden aber durch Militär zurückgedrängt. Kanonerie schüßte gegen Abend die Piazza Victor Emanuel, wobei vier Soldaten von den Herden führten. Eine Anzahl Demonstranten und zwölf Polizisten wurden verletzt. Ueber 20 Verhaftungen wurden vorgenommen. Auf Befehl einer Kommission besah der Präfeld die Zurückziehung der Polizei und Truppen, worauf sich die Demonstranten in Ruhe zerstreuten. Auch in Padua und Modena veranlaßten die Studenten die Schließung der Universitäten.

Zur Gründung eines asiatischen Dreiebundes. Die Bildung eines asiatischen Dreiebundes, bestehend aus Japan, China und Siam, wird von den treibenden Kräften der drei genannten Staaten eifrig behandelt, wenn auch das Projekt von den leitenden Staatsmännern noch nicht in Angriff genommen worden ist. Trotzdem beginnt die russische Presse in dieser Angelegenheit ein gewisses Unbehagen zu zeigen, da es klar ist, daß sich die Spitze dieses Dreiebundes in erster Linie gegen Rußland richten würde.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Hirschbach, 22. April. Zwei Opfer von Brandkatastrophen. Der Boie schreibt: Eine an entsetzlichen Ereignissen reiche Nacht war für unser sonst so friedliches Dörfchen die Nacht zum Montag.

Am Sonntag Abend gegen 9 Uhr ertönte zum ersten Male Generalalarm. Das im Nieserhof in der Nähe des Dominikus gelegene Häuschen der Witfrau Kirchner stand in hellen Flammen. In dem nur mit weicher Bedachung versehenen kleinen alten Häuschen wohnte Frau Kirchner mit ihren sechs Kindern und ihrer betagten Mutter, die Kinder schliefen bei Ausbruch des Brandes schon in den Stämmen des ersten Stockes. Frau Kirchner selbst war abwesend. Das Feuer verbreitete sich in dem Häuschen mit großer Schnelligkeit, so daß die Kinder im ersten Stockwerk in die größte Gefahr gerieten. Laut schreiend riefen die Kinder um Hilfe. Die alte Frau Kirchner war durch den Schreck wie vollstämmig gelähmt, sie konnte den Kindern keine Hilfe bringen. Hilfsbereiten Nachbarn gelang es, teilweise unter eigener Lebensgefahr die Kinder bis auf eins zu retten. Ein sechsjähriges Mädchen konnte nicht mehr gerettet werden, es fand den Tod in den Flammen. Offenbar ist es im Welt ertötet. Das Häuschen brannte vollständig nieder. Von dem Inventar konnte so gut wie nichts gerettet werden. Auch mehrere Viegen sind mit verbrannt.

Nach waren die Bewohner Hirschbachs nach diesem entsetzlichen Brandunglück teilweise nicht zur Ruhe gekommen, als gegen 3 Uhr morgens wieder Feueralarm ertönte. Diesmal brannte das Haus in der Nähe der Kirche, das bisher dem etwa 60-jährigen Häusler Reinhold Friebe und jetzt von ihm allein bewohnt wurde. Auch dieses Haus war nur mit weicher Bedachung versehen, so daß das Feuer sehr rasch um sich griff. Als die ersten zur Hilfeleistung herbeigeeilten Leute die Stube im Erdgeschoß betraten, bot sich ihnen ein entsetzlicher Anblick. Friebe lag fast vollständig entleidet halb am Erdboden, während um seinen Hals ein Strick lag, der an einen Türpfosten befestigt war. Auch dieses Haus wurde mit seinem Inventar fast vollständig ein Raub der Flammen. Friebe, dem im letzten Herbst die Frau gestorben war, hatte sein Haus an einen anderen verkauft, dem er es heute übergeben sollte. Man nimmt nun an, daß den alten Mann der Gedanke, am nächsten Morgen von dem ihm liebgewordenen Häuschen zu scheiden, zur Verzweiflung getrieben hat. In dieser wohl nicht ganz normalen Geistesverfassung hat er das Häuschen angezündet und damit Sand an sich gelegt.

Jiegenhals, 22. April. Die „Wohnung“ der Armen. Geradezu erbärmliche Zustände herrschen im sogenannten Armenhause in Giersdorf hiesigen Kreises. Als einem der letzten Sonntage zwei Genossen in das Dorf kamen, um Kalender zu verteilen, wurden sie von einem Einwohner aufgefordert, sich über die furchtbare Beschreibung spottenden Zustände im Armenhause zu überzeugen. In einem Zimmer, das man beim besten Willen nicht mehr als solches bezeichnen kann, liegt eine alte 80-jährige Frau seit vor Ostern krank zu Bett. Die Dielen sind zum Teil verfault, durch die Wände pfeift der Wind und der Ofen ist so undicht, daß der Rauch in der Stube bleibt. Die Kernstie erhält monatlich 6 Mark von der Gemeinde zum Lebensunterhalt, davon gehen allein 2 Mark für Feuerung ab. Von den übrigen vier Mark soll die 80-jährige den ganzen Monat leben.

Bereits im vorigen Jahre haben wir auf den unzureichenden Zustand des Armenhauses hingewiesen, ohne daß bis jetzt für die so dringende Abhilfe gesorgt worden wäre. Anscheinend hat man dafür in der Gemeinde kein Geld, dagegen war solches in Fülle vorhanden, als im vergangenen Jahre der Bischof zur Firmung kam. Dafür ist die Mehrzahl der Einwohner auch gut katholisch.

Jiegenhals, 22. April. Gefinnungsstümpfele in der Schule. Ende voriger Woche wurden während des Schulunterrichts die Schulfürher vom Lehrer Langer gefragt, wer von ihren Eltern die „Volkswacht“ liest. — Wir sind der Meinung, daß solche Fragen mit dem Schulunterricht absolut garnichts zu tun haben. In seiner schulfreien Zeit kann sich der Herr Langer betätigen, wie er will, da wird ihm niemand etwas zu sagen haben, aber die Schule darf nicht der Ort sein, wo Gefinnungsstümpfele betrieben wird.

Franken (Kreis Ohlau), 22. April. Vergebliche Mühe. Am letzten Sonntag tagte hier im Lokal des Gastwirts Karbstein eine öffentliche Volksversammlung. Genosse Schneidemann-Breslau sprach über: „Die Gedankens der Befreiungskriege von 1813 und das preussische Landtagswahlrecht“. Trotz schlechten regnerischen Wetters war das Lokal dicht gefüllt. Rund 200 Bauern, Landarbeiter und Frauen waren erschienen, die mit regem Interesse den Ausführungen des Redners folgten. Als der Redner nachwies, wie Friedrich Wilhelm III. sein gegebenes Wort gebrochen, und wie heute die ostelbischen Junker jede Verbesserung des Dreiklassenwahlrechts hintertrieben, folgte diesen Ausführungen stürmischer Beifall.

Die Frommen aus dem Dorfe hatten sich gleich zwei Redner aus Breslau kommen lassen, die sich sofort zur Befestigung der Anwesenden zum Wort meldeten. Einer von ihnen las aus einer Broschüre, München-Grabbacher Richtung Sozialdemokratie beweisen. Der andere Herr gab aus seinem Wort volkswirtschaftlicher Weisheit folgendes zum besten: „Der Staat erhebe noch zu wenig Steuern, denn die Gewerkschaften verlangen wöchentlich — 1,80 Mk. von dem einfachen Arbeiter als Beitrag. Die große Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeiter komme nur vom Streiken her, viele Unternehmer können bei den hohen Löhnen eben nicht mehr bestehen. Die Sozialdemokratie sei voll Juden, die nur das Volk auslaugen. Trotz 110 Abgeordneten werde abgesehen nichts fürs Volk geleistet usw. Genossen Schneidemann war es ein Versteht, die „Beweise“ der beiden Jünger aus dem München-Grabbacher Dresseanstalt zu widerlegen. Als plötzlich beim Erörtern des Kirchenglöckchens von den beiden frommen Herren und ihrem Anhang Jurufe erfolgten, war es dem Redner klar, daß die Gesellschaft sich die günstige Gelegenheit unter Betonung ihrer Frömmigkeit zur Sprengung der Versammlung nicht entgehen lassen würde. Jenen machte Genosse Schneidemann einen dicken Strich durch die Rechnung. Er unterbrach seine Ausführungen auf kurze Zeit, um den anwesenden Finsterlingen Zeit zur Abendandacht in der Kneipe zu gewähren. — Nur kurze Zeit währte die Unterbrechung und dann sausten die Diebe auf die Volksversammler zu hagehüchelt herab, daß sie es für die Zukunft wohl aufgeben werden, ihre „Aufklärungsarbeit“ in Janlau zu wiederholen. Die übergroße Mehrzahl der Versammlungsbesucher jubelte dem Redner zu, als er schonungslos das jahrelange volkschädigende Treiben der Reaktionsäre aufdeckte. In späterer Abendstunde endete die sehr interessante und für uns erfolgreiche Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. — Der Merkmalen: beginnen die Feile fortzuschwingen.

Wrieg, 22. April. Straßammer. Am Freitag sang unter großem Andrang des Publikums, das aber nicht auf seine Rechnung kam, weil die Doffentlichkeit ausgeschlossen wurde, ein nicht alle Tage vorkommender Prozeß seine gerichtliche Entscheidung. Für Angeklagte hatten mit Bezug auf einen Sittlichkeitsprozeß, in dem „bessere“ Bürger verurteilt waren, einen weit über Wriegs Mauer bekannt gewordenen „Spott Reitermarsch“ gebichtet und verbreitet. Das Urteil lautete auf Geldstrafen von 20 bis 50 Mk. und die recht erheblichen Kosten. Ob die beleidigten „besseren“ Bürger reingewaschen wurden, entzieht sich unserer Kenntnis.

Flüchtige Einbrecher. Auf telephonisches Ersuchen des Myslowitzer Polizei wurden am Sonntagabend auf dem hiesigen Bahnhofe aus einem aus Oberschlesien kommenden Zuge heraus zwei Männer verhaftet. Dieselben sollen in Myslowitz in einem Gasthause, wo sie übernachteten, eingebrochen haben.

Straßenperrung. Der Bahnübergang an der alten Bahnhofstraße muß wegen Inangriffnahme des Baus der Unterführung vom Beahn der nächsten Woche an gesperrt werden. Der gesamte Verkehr erfolgt über den provisorisch angelegten Ueberweg.

Görlitz, 21. April. Gemeingefährliche Autofahrer. Im Walde bei Görlitz, zwischen Lauban und Görlitz, fanden Soldaten eine Mädchenleiche. Das Mädchen ist wahrscheinlich von einem unbekanntem Automobil überfahren worden. Die Leiche wurde dann von den Insassen in den Wald geschleift.

Edwensberg, 22. April. Schadenfeuer. Montag vormittag gegen 9 1/2 Uhr brach in der Wohnung des Arbeiters Weckert auf dem „Wieg“ in Groß-Rackwitz Feuer aus, welches das ganze Anwesen in Asche legte. Das gesamte Mobiliar verbrannte. Infolge von Wassermangel konnten auch die zahlreichen Sorten nicht in Lätigkeit treten. Die Entstehungursache ist unbekannt.

Posen, 22. April. Aus Unvorsichtigkeit erschossen. Durch das unvorsichtige Verhalten mit einer Schusswaffe geschah am Sonntag im Stadtle Festsch ein bedauerliches Unglück. Am Vormittag wollte der 16-jährige Wächermacherlehrling Wilhelm Th., Sohn eines Restaurateurs, im Flur des Hauses dem 17-jährigen Kaufmannslehrling Wladislaus Murawski die Handhabung einer Browningspistole zeigen. Hierbei entlud sich die geladene Waffe, und die Kugel drang dem Murawski in den Unterleib. Der Verletzte wurde sogleich nach dem Stadttrankhaus gebracht, wo er aber bald nach seiner Entlassung verstarb.

Wojanowo, 22. April. Gefährliche Spielerei. Auf einer Feldbahn, mit der künstlicher Dünger angefahren wird, vergnügte sich in Sateken bei Wojanowo mehrere Schulfreunde. Als sie auf einer in Bewegung befindlichen Waggel lagen, erlitt der 6 Jahre alte Knabe Grgyminski einen heftigen Stoß von einem Spielgenossen. Er fiel herab, wobei die Waggel seinen Kopf vollständig zerquetschte. Der unglückliche Junge war auf der Stelle tot.

Bromberg, 22. April. Typhus. In Luisenhof, einem Vorstadt Brombergs, ist in einer Familie der Typhus ausgebrochen. Acht Personen sind erkrankt.

Im Genuß liegt der Wert!

„Unsere Marine“

2 Pst. Cigarette.

Georg A. Jasmatzki A.-G., Dresden

Größte deutsche Cigarettenfabrik

